

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 117

Febr./März/April 2024



Celle - gemeinsam gegen Rechts

# INHALT



Gemeinsam gegen Rechts Fast 5.000 gegen AfD und Rassismus	3
Haushalt 2024 – OB verlässt sich auf AfD	4
Wohnkostenlücke beim Bürgergeld Jeder 10. Haushalt zahlt zu	5
Jahresrückblick 2023 Nigge – unser Mann von gestern	6
Kommunales – kurz & bündig	8
Meldungen – fast backward	10
Laternengespräche: Remigration oder Rückführungsverbesserung	12
Rheinmetall – Neues von der Werksfront	14
Interview zur Ostermarschaktion vor Rheinmetall	15
Aufruf zur Osteraktion in Unterlüß am 30. März Das Blutvergießen muss aufhören	16
Greenpeace-Recherche zu Verflechtung von Politik und Rüstungsindustrie	17
Gemischtwaren	18
Abschiebung von Ezid:innen stoppen	19
Audiowalk zum Ezidentum in Celle	21
Neues aus der Stadtbibliothek	22
Stolpersteinverlegung / ... zur Familie Feingersch	23
Theater und Museum	25
Kino achteinhalb	27
Kulturveranstaltungen	28

Liebe Lesende,

dass Nazis mit Nazis über Nazikram reden, überrascht uns gar nicht. Uns hat überrascht, dass „Zivilgesellschaft“ auf die correctiv-„Enthüllungen“ reagiert – und zwar mit Chumbawamba gesprochen: „*Open your eyes, time to wake up / Enough is enough is enough is enough.*“ Und wir haben den Eindruck, dass es vielen von denen, die auf die Straße gehen, stinkt, dass „die“ Politik auf den Prognose-Aufwind der AfD mit Abschottungspolitik reagiert. Die Ampel-Regierung macht gerade Tag für Tag das Gegenteil dessen, wofür sie gewählt wurde. Kein Wunder also, dass ihr die Wähler:innen davonlaufen.

Unser nächstes Heft kommt zum 1. Mai – bis dahin werden wir besser verstanden haben, was sich gerade tut und welche Wirkungen es haben wird.

Ansonsten erwartet euch im Heft wie immer Kommunalpolitik, Anti-Militarismus und Kultur.

Eigentlich hätten wir uns schon im letzten Heft bei Doris K. bedanken müssen, die uns 100 Euro gespendet hat. Und an dieser Stelle muss dann auch mal wieder Heike W. erwähnt werden, die uns ja vor über 20 Jahren den Namen verschafft hat – und seit Jahren zur Finanzierung beiträgt. Wer's den beiden gleich tun will ... Kontonummer unten im Kasten.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle  
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.net/>  
 erscheint im Februar, Mai, August und November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,  
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)  
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Stadteilladen Neuenhäusen, Unterwegs, Morlock

## Fast 5000 gegen AfD und Rassismus

Wieviel Teilnehmende hat der DGB wohl angemeldet? Wahrscheinlich – wie auch andernorts – ein Zehntel der Anzahl jener, die dann tatsächlich gekommen sind. Kurz: Überall wurden die Erwartungen bei weitem übertroffen. Für Celler war es wahrscheinlich die größte Demonstration seit über 50 Jahren.

Spannend war, wer denn da auf der Straße Gesicht zeigte? Die üblichen Verdächtigen machten ja höchstens ein Zehntel aus. Die Allermeisten allerdings hätten schon an den antirassistischen Demonstrationen der 1990er Jahre teilnehmen können – und waren vielleicht bei den damaligen Menschenkettenaktionen auch dabei. Auffällig: Denen die AfD die Zukunft klauen würde waren nur sparsam vertreten, genauso wie jene, denen das AfD-Remigrationsprogramm gilt.

Bei den auf Pappen geäußerten Meinungen gab es Kritik am Rassismus, Analogie-Verweise auf 1933 (die eher in die falsche Richtung führen) und Hinweise dahingehend, dass die AfD „Zukunft“ torpediert.

Angenehm bei der Celler Kundgebung war, dass keine Ampel-Politiker:innen ans Mikrophon durften – drei Tage nach dem ihre Bundestagsfraktionen das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ beschlossen haben. Wer aus Angst vor der AfD rechte Politik macht, befördert einen Rechtsruck in der Gesellschaft und generiert Zustimmung zur AfD statt des Gegenteils.

Die Reden vor dem Celler Schloss von Yilmaz Kaba, Wilfried Mannecke, Charly Braun und Vertreter:innen des AK Internationalismus artikulierten die Besorgnisse der Teilnehmenden. Analytisch ist aber aktuell weder der Aufschwung der AfD, noch Dynamik der aktuellen Protest richtig zu fassen. Und es ist auch nicht zu erwarten, dass sich aus den Protesten neue Organisationsformen gegen den Rechtspopulismus ergeben. So wird ja allerorts vor allem dazu aufgefordert, mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen dort „das Gespräch zu suchen“, wo AfD-nahem Positionen vertreten werden.



Foto: Jürgen Elendt

## Von wegen Brandmauer – OB verlässt sich auf AfD

Im Celler Stadtrat gibt es keine Mehrheitsfraktion. CDU, Unabhängige und FDP haben zusammen 20 Stimmen. Das haben auf der anderen Seite auch SPD und die „Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt“ (bestehend aus B'90/Grüne, WG, Zukunft Celle, Die Linke., Die Partei). Und dann gibt es eben noch die AfD-Fraktion mit drei Mitgliedern. Und die sind das „Zünglein an der Waage“.

### Von wegen Brandmauer

Im Fokus steht deshalb jedes Jahr die Verabschiedung des Haushalts. Im Rahmen der Debatte im Dezember wiesen sowohl der SPD-Fraktionsvorsitzende Patrick Brammer als auch Behiye Uca (Die Linke) darauf hin, dass Oberbürgermeister Nigge im Prinzip auf die Stimmen der AfD angewiesen ist, wenn er nicht mit der „linken“ Seite des Rates kooperiere.

Letzteres aber passierte nicht. Offensichtlich, weil sich der Oberbürgermeister und die CDU, Unabhängige und FDP einfach darauf verlassen, mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit für den Haushalt zu bekommen. „*Mit mir wird es eine ‚Brandmauer‘ zur AfD geben*“, bekräftigt der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz immer wieder. Für Oberbürgermeister Jörg Nigge und CDU-Fraktionschef Wille scheint das nicht zu gelten.

Der Haushalt wurde schließlich mit 23:18 angenommen, also den Stimmen von CDU/Unabhängige/FDP **so wie** der AfD. Auf der "linken" Seite fehlten leider zwei Abgeordnete. Wären sie da gewesen ... hätte Nigge eben tatsächlich nur mit der AfD eine Mehrheit bekommen. Eine "Brandmauer" ist im Celler Rat nicht vorhanden.

### Senkung der Kita-Gebühren

Angesichts der Haushaltslage kam für Außenstehende etwas überraschend die Senkung der Kita-Gebühren. Oder vielleicht auch nicht: Denn dies schreibt sich jetzt die AfD auf die Fahnen.

Bisher wurden bei Kinder vor Vollendung des dritten Lebensjahres 25 % der Betriebskosten auf die Gebühr umgelegt; für einen Ganztagsplatz sind das aktuell 376 Euro. Die AfD forderte eine Reduzierung auf 15 % für 2024 und auf 10 % für 2025. Oberbürgermeister Nigge ging darauf insoweit ein, als verwaltungsseitig eine Senkung um 5 %-Punkte (2024) bzw. 10 %-Punkte (2025) empfohlen wurde, was bei Ganztagsgebühren eine Ermäßigung um etwa 75 Euro im Monat oder 900 Euro im Jahr bzw. Das Doppelte in 2025 bedeutet. Für den Haushalt ergibt sich eine Belastung von 170.000 (2024), 510.000 (2025) und 680.000 Euro (2026).

Die SPD-Fraktion wollte mit einem Antrag die gänzliche Befreiung; die Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt sprach sich für eine soziale Staffelung aus. Doch der

veränderte AfD-Antrag fand eine Mehrheit bei Enthaltung und einer Gegenstimme auf der „linken“ Seite.

### Strabs abgeschafft

Ein großes Thema der städtischen Kommunalpolitik waren ja zuletzt die Straßenausbaugebühren. Worum geht's dabei? Wenn Anliegerstraßen grundlegend erneuert werden, können Städte und Gemeinden Immobilienbesitzer:innen mit bis zu 75 % beteiligen. Das kann in Einzelfällen zu nicht tragbaren Belastungen führen, hat sich aber zuletzt auch in der Breite zu einem „Ärgernis“ entwickelt. Deshalb sind im Prinzip alle Parteien für die Abschaffung. Für die Kompensation des Einnahmeverlustes ist eine Möglichkeit, die Grundsteuer zu erhöhen. Damit wären dann alle Bürger:innen (auch Mieter:innen) finanziell an der Sanierung von Straßen beteiligt; und das auch mit sozialer Komponente, weil: Besitzer:innen von größeren Häusern und Grundstücken entsprechend höhere Grundsteuer zahlen.

Genau diesen Weg ging jetzt mit Mehrheit der Celler Stadtrat: Der Hebesatz für die Grundsteuer B wurde um 35 Punkte auf 555 erhöht, was für einen durchschnittlichen Haushalt eine Belastung von 60 Euro pro Jahr bedeutet. Die Abstimmung verlief geheim; es ist jedoch klar, dass die 23 Ja-Stimmen von der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt, der SPD und den Unabhängigen kamen. Bei vier Enthaltungen kamen die 14 Gegenstimmen wohl aus den Fraktionen von CDU und AfD.

### Artenschutzprojekt im Stadtgebiet

Zwei Haushaltsanträge der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt erhielten dann noch eine Mehrheit. Zum einen wurden die Mittel für Artenschutzprojekte im Stadtgebiet von 75.000 (2020) auf 150.000 Euro erhöht. Zum anderen wurden Haushaltsmittel zur anteiligen Finanzierung von „LEADER-Projekten Lachte-Lutter-Oker 2024“ eingestellt.

### Nix für Klimaprojekte

Für einen Antrag immerhin hatte die Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt dann noch eine Mehrheit gewinnen können – und zwar „Einführung eines Energiemanagementsystems“. Im Kern geht es darum, den Energieverbrauch in städtischen Liegenschaften zu kontrollieren und Einsparpotenziale zu entdecken. Die dafür einzurichtende Stelle wird für drei Jahre mit 70 % gefördert.

Andere Anträge von SPD und der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt z.B. zur finanziellen Aufstockung des Klimaschutzfonds oder Einstellung von Personal zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen wurden abgelehnt.

## Jeder 10. Haushalt mit Kindern zahlt zu

Von Beginn an gab es beim Hartz IV-Regime den meisten Ärger bei den sogenannten „Kosten der Unterkunft“ (KdU), also Miete, Neben- und Heizkosten. Denn die werden nur dann vollständig erstattet, wenn sie „angemessen“ sind. Und die Angemessenheit wurde und wird im Landkreis Celle über eine sogenannte Mietwerttabelle bestimmt. Wer hier die Obergrenze überschreitet, bekommt eine Aufforderung, die KdU zu senken. Das geht in aller Regel nur mit einem Umzug. Bundesweit summierte sich 2022 die Differenz zwischen tatsächlichen und anerkannten laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung auf 382 Mio. Euro. Betroffen waren bundesweit 338 000 Bedarfsgemeinschaften.

In vielen Fällen aber würde ein Umzug mit dem Verlust eines sozialen Umfelds einhergehen, z.B. für Kinder mit einer anderen Kita oder Schule. Oder die Betroffenen sehen nicht ein, dass sie wegen 50 Euro aus einer Wohnung umziehen sollen, die sie vielleicht seit 20 Jahren bewohnen. Dann kann die Kostensenkungsaufforderung auch dadurch „erledigt“ werden, dass die Betroffenen die nicht erstatteten Kosten aus ihrer Regelleistung bestreiten. Und es sind nicht wenige Fälle, in denen dieser Weg bestritten wird. Im Fachjargon hat sich hierfür der Begriff „Wohnkostenlücke“ eingebürgert.

### Wohnkostenlücke im Landkreis Celle

Im Jahr 2022 hatten im Bereich des Jobcenter Celle 9,3 % der „Bedarfsgemeinschaften“ eine Wohnkostenlücke, also einen Differenzbetrag zwischen den tatsächlichen und erstatteten Kosten. Dabei handelt es sich um 532 Haushalte, die durchschnittlich 94 Euro aus ihrer Regelleistung zuschießen mussten.

So jedenfalls die Auskunft der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke (DS 20/8931 - <https://dserver.bundestag.de/btd/20/094/2009447.pdf>).

Besonders betroffen waren in Celle dabei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (10,5 %), darunter Alleinerziehende. In dieser Gruppe hatten 134 Haushalte eine Wohnkostenlücke, das sind 11 %. Durchschnittliche Differenz zur als angemessen betrachteten Miete: 94 Euro – im Monat.

Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich aber eine positive Tendenz. 2021 waren es noch 750 Haushalte mit einer Wohnkostenlücke und 2020 884 Haushalte. Die Fallzahl hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr also um ein Drittel reduziert. Damit liegt das Celle im niedersächsischen Vergleich auch nicht mehr im hinteren Viertel, sondern auf Rang 7. Aber das hilft selbstverständlich den betroffenen Haushalten nicht.

Für das Jahr 2023 liegen noch keine Daten vor. Da aber die seit Januar gültige Mietwerttabelle die Erstat-

BG insgesamt mit Leistungen für Unterkunft und Heizung	Niedersachsen	Celle		
	2022	2022	2021	2020
Anzahl BG mit Differenz	243446	5715	5919	6190
Gesamtdifferenz in €	43497296	600504	836126	999277
Anzahl BG mit Differenz	38338	532	750	884
BG mit Differenz in %	15,7	9,3	12,7	14,3
Differenz in € pro Monat	92,63	93,94	92,92	94,18

tungsobergrenze z.T. deutlich erhöht hat, ist zu erwarten, dass die Problematik noch einmal kleiner wird.

Bei der Vorstellung der Mietwerttabelle im Sozialausschuss des Kreistages war seinerzeit erwartet worden, dass Überschreitungen der Grenzwerte eine Ausnahme darstellen. Aber: Jeder zehnte Haushalt mit Kindern kann kaum als Ausnahme betrachtet werden. Dazu kommt, dass zum Jahresende eine coronabedingte Karenzzeit hinsichtlich der Angemessenheit der Kosten ausläuft, so dass die Jobcenter wieder dazu übergehen dürften, Bescheide zu verschicken, in denen zur Senkung der Unterkunftskosten – also Umzug – aufgefordert wird.

BG mit Kindern	Niedersachsen	Celle		
	2022	2022	2021	2020
Anzahl BG mit KdU	90043	2159	2147	2331
Gesamtdifferenz in €	18618513	283435	438324	516655
Anzahl BG mit Differenz	14406	227	346	413
BG mit Differenz in %	16	10,5	16,1	17,7
Differenz in € pro Monat	106,62	103,93	105,52	104,38

Der Kreistagsabgeordnete Reinhard Rohde, für Die Linke in der Fraktion Klimabündnis, hatte die Zahlen öffentlich gemacht und so kommentiert: „Dass die Wohnkosten bei über 500 Haushalten nicht zur Gänze erstattet werden, drückt diese unter das Existenzminimum. Denn die Lücke müssen diese Menschen aus der Regelleistung füllen.“ Deshalb will das Klimabündnis im Kreistag für die erste Sozialausschusssitzung im Februar eine Befassung mit diesem Thema einfordern. Das Sozialausschussmitglied Marlies Petersen (GRÜNE) dazu: „Wir sollten uns genauer mit den Gründen befassen, wie es zu den Wohnkostenlücken kommt und wie es gelingen könnte, dass Überschreitungen tatsächlich zur Ausnahme werden.“

Alleinerziehende Mit Kindern	Niedersachsen	Celle		
	2022	2022	2021	2020
BG mit KdU	48356	1213	1138	1006
Gesamtdifferenz in €	10200971	151470	2426	330274
BG mit Differenz	8260	134	202	289
BG mit Differenz in %	17,1	11	17,8	28,7
Differenz in € pro Monat	101,61	94,21	100,76	88,68

# Nigge – unser Mann von gestern

Inflation, Kriege, Flüchtlingskrise, Schuldenkrise und Energiekrise, 2023 war ein Jahr voller Herausforderungen. Viele Bürgermeister hätten da noch kaum Zeit, Ressourcen und Mittel selbst etwas zu gestalten, nur in Celle entwickle man sich glücklicherweise gegen den Trend, lobt sich Nigge im Jahresrückblick in seinem Hausblatt *Celler Kurier*. Anlass die Aussagen unseres Supermans mal genauer zu untersuchen.

## Nigge bekämpft die Inflation

Die Stadt Celle und ihre Kämmer:innen konnten in den letzten Jahre durch Verkäufe von Schulgebäuden und Baugebieten, Steuertricks, Auslagerungen von Gebäuden und Aufgaben in Tochtergesellschaften oder in den Landkreis zumindest bilanziell die Schwarze Null erreichen. Keine Ironie, das waren z.T. bilanztechnische Meisterleistungen, was jedoch nichts an der Realität ändert: Das verschuldete Celle liegt mit seinem BIP pro Kopf nach wie vor bei nur ca. 72% des Bundesdurchschnitts. Ein tatsächlicher Umschwung bei den Stadtfinanzen hat ganz offensichtlich nicht stattgefunden, denn in Folge von steigenden Löhnen, Zinsen, Baukosten und anderen Verpflichtungen erwartet Kämmerin Nicole Mrotzek für 2024 bereits ein Minus von 465.000 Euro, das sich bis Ende 2027 auf 24 Millionen Euro summieren wird. Statt sich nun zu freuen, dass – wenn er schon selbst nichts gegen die Inflation tun kann – die Gewerkschaft für seine Mitarbeiter:innen einen gewissen Inflationsausgleich erkämpft hat, beschwert sich Nigge über einen „*nicht zu rechtfertigenden Tarifabschluss*“. Die niederen Lohngruppen bekämen bis zu 17 Prozent mehr und Beschäftigte mit Führungsaufgaben nur rund neun Prozent. „*Wir laufen Gefahr, dass es noch schwieriger wird, Personal für höherwertige Aufgaben zu finden.*“ Wie seine „minderwertigen“ Mitarbeiter ihre steigenden Mieten, Heizkosten und Lebensmittelpreise bezahlen sollen, ist dem guten Christen Nigge schnurz egal.

## Nigge bekämpft den Bildungsnotstand

Bei Sanierung, Anbau und Neubau von Schulen und Kitas ist die Stadt Celle in den letzten Jahren tatsächlich vorangekommen. Allerdings bedurfte es da gar nicht des Terminators Nigge, da dies ziemlich einvernehmlich von Politik und Bevölkerung mitgetragen wird. Ob allerdings die Schaffung von Hol- und Bringzonen für Elterntaxis den Bildungsstand der Kinder verbessert, muss bezweifelt werden, denn körperliche Bewegung unterstützt bekanntermaßen die Intelligenzentwicklung. Auch ob WLAN und Smartboards in allen Celler Grundschulen das Bildungsniveau heben werden, ist fraglich. Nach dem letzten desaströsen PISA-Test haben z.B. die bei der schulischen Digitalisierung führenden Länder Schweden und Finnland beschlossen, die Digitalisierung wieder zu-

rück zu fahren. Ihre Erkenntnis: Touchen und Wischen an Smartboard und Tablet ersetzen eben nicht reales Schreiben, Lesen und Rechnen und das funktioniert nur mit genügenden qualifizierten Lehrer:innen.

## Nigge bekämpft die „Migrationskrise“

Nicht nur der deutschen Wirtschaft ist klar, dass wir dringend Migration brauchen. Auch wer in Celle beim Arzt, bei der Behörde und oder im Supermarkt unterwegs ist, weiß längst, dass der Biodeutsche unter Biodeutschen verloren wäre. Deshalb betont Nigge erstmal die Wichtigkeit und auch den Erfolg der Integration von Flüchtlingen und freut sich über die Einbürgerung von 103 Migrant:innen in Celle im Jahr 2023. Mit dem Verweis auf frauenfeindliche und antisemitische Migrant:innen – die es zweifelsohne gibt – schlägt er dann allerdings den Bogen scharf nach rechts. Er sieht Celle am Ende der Möglichkeiten zur Integration und offensichtlich nicht vor allem aus finanziellen Gründen. Nigge befürchtet nämlich, dass wir unsere kulturellen Werte (besoffen Layla grölen?) und unsere Identität als freiheitliche, demokratische Gesellschaft verlieren. Eine Aussage, die einem „die deutsche Gesellschaft wird durch Muslime unterwandert“ schon verdammt nahekommt. Was übrigens sogar von der CDU nahen Konrad Adenauer Stiftung als typische Angstmache der Rechtsextremen extrem eingestuft wird. In 25% biodeutschen Antisemit:innen (lt. Jüdischem Weltkongress 2019), hunderttausenden Querdenkern und Wutbürgern sieht Nigge dagegen keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

## Nigge verschönert Celle

Als Mann von gestern entpuppt sich Nigge auch, wenn es um die Gestaltung und Verschönerung der Stadt geht. Er rühmt sich, den „70-Jahre Charme“ der Innenstadt durch Betontröge und aufgehängte Blumenampeln beseitigt zu haben. Sei es nun die Gnade der späten Geburt oder sein Mangel an kulturhistorischer Bildung, genau diese trostlosen Tröge und Blumenampeln waren ja die Gestaltungsmittel der 70-er Jahre. Stadtgestaltung der Zukunft heißt Entsiegelung und Begrünung der Städte, während man in Celle noch immer an Opas „Verschönerungskonzept“ des Asphaltierens, Pflasterns und mit Platten zulegen festhält ... wie man es z.B. am Arno-Schmidt-Platz oder auch auf Teilen des teuer renovierten Brandplatzes bewundern kann; und auch am Robert-Meyer-Platz gab es nach Renovierung statt mehr Grün nur einen dysfunktionalen Sprühbrunnen.

## Nigge macht Celle groß

Bei der Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten erweist sich Nigge geradezu als Triebtäter. Mit neuen

EFH-Siedlungen und Luxuswohnungen will Nigge „die Leistungsträger nach Celle locken“, wie es ihm vor Jahren mal herausrutschte. Während Verkäufer:innen, Krankenschwestern, oder auch die nicht „höherwertigen“ Mitarbeiter:innen seiner eigenen Stadtverwaltung zweifeln nach bezahlbarem Mietwohnraum in Celle suchen, werden Luxuswohnungen wie auf der Allerinsel gebaut oder EFH Neubaugebiete wie *Im Tale 2* geplant. Dabei ist jetzt schon klar: Die zahlungsfähige Nachfrage nach Immobilien sinkt. Unbestritten träumen viele junge Familien noch immer vom EFH „im Grünen“, doch man muss schon gut geerbt haben und gut verdienen, um sich dieses Vergnügen samt zwei PKW leisten zu können. Und teures Wohnen allein ist wenig attraktiv, wenn vor Ort die entsprechend gut bezahlten Arbeitsplätze fehlen. Aber ohne die Ansiedlung von Höheren Bildungsstätten und/oder Forschungszentren (siehe z.B. Deggendorf oder Wunsiedel) wird außer für wohlversorgte Rentner:innen oder Rentiers der Zuzug nach Celle wenig attraktiv sein.

### **Nigge ignoriert den Klimaschutz**

Nigges Parteifreund der Polit-Zombie und Ex-Black-Rock-Lobbyist Friedrich Merz spielt den Freund der überforderten kleinen Leute und hält „Klimaschutz für überbewertet.“ Nigge stößt in dasselbe Horn und erklärt Klimaschutz als „Aufgabe von Generationen“ und suggeriert damit, wir hätten noch viele Jahrzehnte Zeit. Deshalb taucht in Nigges Verlautbarungen der Klimaschutz höchstens mal in Form einer Beschimpfung der lokalen Klimaschützer:innen auf, die ihn angeblich bei seinen eigentlichen viel wichtigeren Aufgaben behinderten. Als es z.B. um die Zukunft des leerstehenden Karstadt-Gebäudes ging, preschte Nigge als selbsternannter Experte für Stadtplanung vor und zog ein Konzept mit Kauf, Abriss und Neubau für 15 Mio. Euro aus der Tasche. Als die GRÜNEN zurecht anmahnten, erstmal alle Möglichkeiten auf Nachhaltigkeit, Klimafreundlichkeit und Kosten zu überprüfen, ließ Nigge die ideologische Katze aus dem Sack: „Bei solch zukunftsichernden Projekten müsse eben der Klimaschutz zurückstehen“. Klartext: Klimaschutz ist für Nigge keine zukunftsichernde Aufgabe, sondern nur eine lästige Bremse für seine persönliche Großmannssucht.

### **Nigge macht Celle klimaresilient**

Es ist inzwischen allgemein anerkannt, dass angesichts der durch den Klimawandel bedingten Zunahme an Hitzetagen die Städte klimaresilient umgebaut werden müssen. Allerdings wurden bislang alle Anregungen und Anträge, ein Hitzekataster für die Stadt Celle zu erstellen, von Nigges Verwaltung abgelehnt. Stattdessen soll ausgerechnet durch Abholzen der Lindenallee in der Breiten Straße der Umbau von Celle zur klimaresilienten Schwammstadt begonnen werden. Dass es dabei weniger um Klimaresilienz als um den Erhalt von Parkplätzen geht, wird jedem/jeder klar, der/die sich fachkundig macht. Wissenschaftliche Studien, die Leitfäden diverser Städte und Stadtstaaten, die Empfehlungen der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz und die bereits in vie-

len Städten umgesetzte Praxis belegen, dass der Erhalt vorhandener Bäume durch Vergrößerung und Wiederdurchlässigmachung der Baumscheiben evtl. in Kombination mit Sicker- und Gießschächten die beste Lösung gewesen wäre. Das externe, fachmännische Gutachten zur Umgestaltung der Breiten Straße sah übrigens den Baumerhalt als eine von zwei möglichen Lösungen vor und sie wurde auch vom damaligen Stadtbaurat Kinder favorisiert ... bis ihm Nigge den Mund verbot. Aber da die vernünftige Baumerhaltslösung Parkplätze kosten würde, wird stattdessen rigoros abgeholt.

### **Nigge demonstriert Gemeinsinn**

Besonders gehässig beschimpfte Nigge die Celler Natur- und Klimaschützer:innen anlässlich des Schützenfests. Leuchtendes Beispiel für Gemeinsinn ist für Nigge das Schützenwesen, wo man sich die Hand reiche statt sich festzukleben. Leute, die ganz im Sinne des Allgemeinwohls (siehe Klimaresilienz) auf den Erhalt oder gar Pflanzung von möglichst vielen Bäume auf der Allerinsel drängten, beschimpfte Nigge als Verhinderer des Schützenfest. Laut Nigge sind das Leute, die auch noch vorgeben wollten, welche Lieder man singen dürfe. „Ich sage nur Layla“. Offensichtlich ist für Nigge Frauenfeindlichkeit nur ein Problem, wenn sie aus dem falschen Kulturkreis kommt. Ansonsten besteht für Nigge Gemeinsinn im Rudelsaufen und Layla singen. Das ist ein Rückfall auf Bundeswehrriveau der 70-er Jahre.



### **Nigge bekämpft das Hochwasser**

Während Nigge am 24.12. noch die Klimaschützer:innen beschimpfte, stand ihm dann als Folge des Klimawandels bereits am 28.12. das Wasser bis zum Hals. Nachdem er anfangs noch kurz eine Gehässigkeit gegen Bürgerinitiative an der Fritzenwiese losließ, die dort eine Hochwasserschutzwand verhindern will, musste er schnell zurückrudern. Das Wasser an der Fritzenwiese kam gar nicht von vorne, wo an der Aller die Wand geplant ist, sondern ganz unplanmäßig von hinten. Aber dann stützte sich Nigge voll in die Koordination der Hochwasserbekämpfung und bewies als Ex-Militär seine wirklichen Stärken. Es wäre uns allen zu wünschen, dass auf diesem Gebiet baldmöglichst eine gut dotierte Stelle für ihn frei wird.

-----



## Wohngeld Plus wirkt / Reinhard Rohde (Die Linke): „Zusätzlich bewerben“

Die Reform des Wohngeldgesetzes hat im Landkreis Celle bisher fast zu einer Verdoppelung der Empfänger:innen geführt. Dies ergab eine Anfrage von Reinhard Rohde (Die Linke), Mitglied in der Fraktion „Klimabündnis im Kreistag“. Während im September 2022 1.134 Zahlfälle gegeben waren, waren es im September 2023 bereits 2.121 Fälle. Die Fallzahlen steigen immer noch leicht an, so dass perspektivisch von einer Verdoppelung auszugehen sein wird, teilte Kreisrätin Dr. Wietschel mit. Leider war es der Verwaltung vom Aufwand her nicht möglich, die Familienstrukturen aufzuschlüsseln. Interessant aber, dass aktuell pro Fall ein durchschnittlicher Betrag von etwa 383 Euro ausbezahlt wird. Dies zeige, dass das Wohngeld Plus für Haushalte eine deutliche Entlastung bringen kann, so Rohde. Da Fachleute davon ausgegangen waren, dass sich die Zahl der Anspruchsberechtigten durch die Reform verdreifacht, sieht der Kreistagsabgeordnete aber noch Spielräume nach oben: „Ich halte es für sinnvoll, das Wohngeld offensiv zu bewerben, um die wahrscheinlich immer noch große Gruppe von Anspruchsberechtigten darauf aufmerksam zu machen.“

Eine Orientierung, ob und in welcher Höhe ein Anspruch bestehen könnte, gibt es über diesen Wohngeldrechner:

<https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/wohnen/wohnraumfoerderung/wohngeld/wohngeldrechner-2023-artikel.html>

## Rechte Straftaten

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Michael Lühmann (GRÜNE) zu Rechte Straftaten im 1. und 2. Quartal 2023 antwortete das Niedersächsische Innenministerium (mit Stand 25.09.2023) wie folgt:

Im 1. Quartal 2023 wurden insgesamt 450 Fälle rechtsmotivierte Straftaten polizeilich registriert, davon 14 in Celle. Unter den 45 Landkreisen und kreisfreien Städten lag Celle damit auf Platz 7. Elf der 450 Fälle wurden als rechtsmotivierte Gewaltdelikte registriert, davon eins in Celle.

Im 2. Quartal 2023 gab es 477 Fälle rechtsmotivierter Straftaten, davon 12 in Celle. Unter den 45 Landkreisen und kreisfreien Städten lag Celle damit auf Platz 9. Es wurden 18 rechtsmotivierte Gewaltdelikte registriert, davon keins in Celle.

## Weiter nur Kurzversion

Bündnis 90/Die Grünen hatten beantragt, der Öffentlichkeit und dem Rat endlich das "Integrationskonzept" in der Langversion bekannt zu machen. Mit 7 Stimmen bei einer Gegenstimme wurde dies erneut abgelehnt.

## Jede/r Fünfte aus der Ukraine

In der Stadt Celle leben aktuell 5.191 Geflüchtete (Stand: 5.12.2023). Davon sind im laufenden Asylverfahren 129 Personen. Im Besitz einer Duldung sind 52 Personen.

1.128 Personen kommen aus der Ukraine und haben ein Aufenthaltsrecht nach § 24 AufenthG. Die sogenannte Chancen-Bleiberechts-Regelung (§ 104c AufenthG) haben 27 Personen in Anspruch genommen. Ansonsten besitzen 3.855 Personen einen Aufenthalt mit Schutzstatus durch Asylverfahren oder aus sonstigen humanitären Gründen. --- Ein Fünftel der Geflüchteten kommen aus der Ukraine. Gerade mal ein Prozent hat nur eine Duldung, d.h. könnte – so es keine Hinderungsgründe gibt – abgeschoben werden.

## Kollerscher ist Landschaftsschutzgebiet

In der letzten Sitzung des vergangenen Jahres beschloss der Stadtrat bei drei Stimmenthaltungen aus der CDU den Kollerschen Wald zum Landschaftsschutzgebiet zu machen. Stadtbaurätin Kuhls versicherte, dass der Flächennutzungsplan nicht geändert werden müsse, um eine juristische Auseinandersetzung mit dem Eigentümer zu verhindern.



## Breite Straße – Bäume erhalten

Bis zum 28. Februar dürfen die Linden in der Breiten Straße gefällt werden. Und leider steht auch das im September fertiggestellte Artenschutzgutachten den städtischen Plänen nicht im Weg. Entdeckte Tierarten seien nicht schützenswert: „Das geplante Vorhaben ist daher für alle potenziell vorkommenden, artenschutzrechtlich relevanten Arten unter den Gesichtspunkten des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags als verträglich einzustufen“, heißt es in dem Gutachten. Die Celler Klimaplattform bestreitet aber weiter die Sinnhaftigkeit des geplanten Vorgehens: „Auch wenn die Stadt voraussichtlich alle formellen Anforderungen erfüllt, ergeben die Sanierungspläne der Breiten Straße vor dem Hintergrund des Klimanotstands und des massiven Bausterben durch den Klimawandel keinen Sinn“, sagt Wolfram Steinmetz, Sprecher der Klimaplattform: „In vielen großen und kleinen Städten landauf, landab wird bereits seit Jahren umgedacht und der Erhalt von Bäumen hat hohe Priorität, um einer Verschlechterung des Stadtklimas entgegenzuwirken. Das würden wir uns auch für Celle wünschen. Gerade Celle hat im Vergleich nur wenige Straßenbäume und investiert kaum in deren Erhalt und Pflege. Andere Städte sind uns da im Vergleich weit voraus.“ Die Solidarische Initiative Neuenhäusen ruft zum Protest auf: „Falls es zu den Fällungen kommt, möchten wir alle Menschen einladen, an 'Tag X' den Protest mit uns auf der Straße zu zeigen.“





## Geringe Beteiligung bei Mensa-Essen

Nur 6,8 % der Ganztagschüler:innen an Gymnasien und ganze 2,5 % an den Oberschulen nutzen im Landkreis Celle regelmäßig die Angebote der Mensen ihrer Schulen. Einzig bei den Förderschulen ist die Beteiligung erheblich höher - Paul-Klee-Schule 52 %, Pestalozzischule 19 %. So lauten die Zahlen im "Konzept zur Schulverpflegung an den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Celle". Zwischen den Schulen gibt es noch signifikante Unterschiede: Während sich etwa beim KAV noch 13,3 % der Ganztags-SuS beteiligten, waren es beim HBG nur 4,9 %. Die Nähe zum „Gastro“-Angebot der Altstadt entfällt damit als Grund bei der Ursachenforschung. Denn die ist angesichts der Zahlen fällig. Müsste jetzt nicht erkundet werden, warum die Nutzung derart gering ist. Wenn daraus Schlüsse hinsichtlich der Attraktivität gezogen und entsprechend umgesetzt würden, könnte dies zu einer Stärkung des „Sozialen“ in den Schulen führen. In einer jüngeren Studie mit dem Titel „Was passiert beim Schulessen?“ wird herausgehoben, dass „die Gestaltung von Ernährungssituationen nicht nur als organisatorische Aufgabe begriffen werden“ sollte. „Vielmehr soll neben der leiblichen Sättigung auch eine pädagogische, soziale Erfahrungen stiftende Veranstaltung konzipiert und die institutionelle Versorgungsleistung entsprechend aufbereitet werden.“

Doch war das nur ein Randaspekt bei der Beratung des „Konzepts“ im November im Fachausschuss für allgemein- und berufsbildende Schulen des Kreistags. Geklärt werden sollte zum einen, wer das Ausgabepersonal beschäftigen soll (Beschluss: die Caterer) und zum anderen, dass die bisherige Subventionierung durch die Übernahme der Personalkosten für das Ausgabepersonal weitergeführt werden soll. Im Haushalt 2024 sind dafür 449.000 Euro aufgeführt. Bei insgesamt rund 75.000 Essen pro Jahr wird somit jedes Essen mit rund 6 Euro subventioniert. Damit sind die Kosten für die Ausgabe höher als die für das einzelne Essen, denn die liegen bei durchschnittlich 4.40 Euro.

## Auflösung einer Versammlung in Eschede war rechtswidrig

In den sozialen Medien feierten die Jungen Nationalen die vermeintlich gerichtliche Niederlage des Landkreises Celle hinsichtlich der Auflösung der Versammlung der Jugendor-

ganisation der NPD in Eschede im Mai 2021. Marlies Petersen (für B'90/Die Grünen im Klimabündnis des Kreistags) fragte bei der Verwaltung nach: Hat dieser Termin am 20.11.23 und das Urteil stattgefunden? Antwort: „Ja, der Termin hat am 20.11.23 vor der 6. Kammer des VG Lüneburg (Einzelrichter) stattgefunden. Es gab kein Urteil: Nachdem das Gericht deutlich gemacht hat, dass die Verfügung vom 14.4.2021 rechtswidrig sei, hat Frau Dr. Wietzel [Kreisträtin] in der Sitzung anerkannt, der Kläger hat für erledigt erklärt und zur Minimierung der Kosten für den Landkreis hat sie die Kostenübernahme erklärt.“

## Konsequent BASISdemokratisch

Die aus dem Milieu der Corona-Maßnahmen-Kritiker:innen entstandene Partei DIE BASIS erreichte bei den Kreistagswahlen 2021 1,04 % der Stimmen und damit einen Sitz. Hartmut Bütepage aus Langlingen gewann das Mandat. Und er ließ sich auch in der konstituierenden Sitzung verteidigen. Die darauffolgenden neun Sitzungen schwänzte er. Klar: Konsequente Basisdemokraten können ein repräsentatives Selbstverwaltungsgremium nur boykottieren. Diese Leistung wurde ihm seit der Verteidigung mit 360 Euro Aufwandsentschädigung vergütet, summa summarum rund 10.000 Euro. - Jetzt ist Bütepage wohl aus dem Landkreis verzogen; sein Mandat geht – wie wir hören – an den Kreisverbandsvorsitzenden Mario Mörchen.

## Belsen – israelfeindliche Kommentare

Wie eine Umfrage des Evangelischen Pressedienstes unter den Einrichtungen ergab, besuchten 2023 mehr Menschen Gedenkstätten, die an die Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus erinnern, als im Vorjahr. In die niedersächsische Gedenkstätte Bergen-Belsen kamen rund 215.000 Menschen. Das waren mehr als im Vorjahr, erreichte aber nicht die Besucheranzahl aus dem Vor-Corona-Jahr mit rund 250.000 Besucherinnen und Besuchern. Zudem berichteten einige Gedenkstätten von einer Zunahme antisemitischer Übergriffe seit dem Angriff der Terrormiliz Hamas auf Israel am 7. Oktober. So verzeichnete die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen bei Celle seit Oktober vermehrt israelfeindliche Kommentare in ihrem Gästebuch und den Sozialen Medien. „Seit dem Überfall der Hamas kamen Schmierereien nahezu täglich vor“, sagte Sprecherin Stephanie Billib. Dabei handele es sich unter anderem um Solidaritätsbekundungen mit der palästinensischen Bevölkerung oder Äußerungen gegen Israel.





----- 18.11.2023 -----

## Carola Rackete

Die Klima- und Flüchtlingsaktivistin Carola Rackete wird auf Platz zwei der Kandidatenliste der Partei Die Linke für die Europawahl gewählt. Die 35-Jährige erhielt auf dem Linkenparteitag in Augsburg 77,8 Prozent der Delegiertenstimmen. „Ich kandidiere für die Linke, weil sie die soziale Frage nicht gegen die ökologische ausspielt“, begründete die parteilose Rackete ihre Kandidatur.



Weil sie nicht gerade damit „hausieren“ geht, hier folgende provinzielle Zusatzinfo: Rackete ist in Ovelgönne aufgewachsen und hat am KAV Abitur gemacht. In ihrer Jugend ist sie in Celles linkem Milieu eher nicht auffällig geworden. Aber über dieses „Ticket“ sollte es dem KV der Celler Linken gelingen, sie mal nach Celle einzuladen.

Ihre Vorstellung auf der Website der Linke klingt doch schon mal gut:

„Die Klimakrise ist eine Herausforderung ungekannten Ausmaßes. Verur-

sacht wurde sie durch die Konkurrenz und Profitgier der fossilen Konzerne, die auch heute mit Millionen die Politik beeinflussen. Wir wollen die Verursacher zur Verantwortung ziehen und Entscheidungen für das Gemeinwohl treffen. Für die Industrie bedeutet das, fossile Konzerne zu vergesellschaften und gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. In der Landwirtschaft geht es darum, die Spekulation mit Böden und Essen zu stoppen, Bauern ein gutes Auskommen zu sichern und alle Menschen mit gesunden, bezahlbaren Lebensmitteln zu versorgen. Deutschland hat historisch den vierthöchsten Treibhausgas-Ausstoß der Welt. Als Spitzenkandidatin für DIE LINKE kämpfe ich deshalb auch für einen Schuldenerlass für den globalen Süden – sowie sichere Perspektiven für Menschen, die durch die Klimakrise zur Flucht gezwungen sind.“

----- 25.11.2023 -----

## Lichterdemo

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen hatten in Celle auch in diesem Jahr unterschiedliche Initiativen und Organisationen zu einer Lichter-Demonstration aufgerufen, um gegen patriarchale Gewalt zu demonstrieren, Frauen zu stärken und in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die Rechte von Frauen herzustellen. An der Lichter-Demonstration, die vom Gertrud-Schröter-Platz (ehemals Thaerplatz) in die Innenstadt zog haben sich rund 90 Personen beteiligt.

Während Trauer und Nachdenklichkeit in einer Schweigeminute Raum fanden, brachten Parolen bisweilen auch Wut zum Ausdruck. Immer wieder formulierten die Teilnehmenden aber gemeinschaftliche Stärke und Willen zu positiver Veränderung.

„Uns ist es wichtig heute auf die Straße zu gehen, um deutlich zu machen, warum Geschlechtergerechtigkeit und Frauenbefreiung wichtig sind“, betonten Julia und Birthe von „Gemeinsam Kämpfen“. Der weltweit weiter anhaltenden Gewalt an Frauen müsse ein Ende gesetzt werden. Dazu sei es notwendig, sich gemeinsam zu organisieren und an Tagen wie diesem ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen.



„Lasst uns Bündnisse schließen und jeden Moment zu einem Moment für die Freiheit und Selbstbestimmung der Frauen machen! Erheben wir unsere Stimme gegen religiösen Fanatismus, gegen rassistische und sexistische Politik, gegen Kriege und Femizide. Mit gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen können wir viel bewirken, sowohl lokal als auch global. Wir verstehen und unterstützen den Widerstand der Frauen als Verteidigung der Menschlichkeit“, sagte Besè vom Dachverband des Êzîdîschen Frauenrats.

„Keine ist selber Schuld, der Gewalt angetan wird, egal wo sie ist, was sie anhat oder wie sie aussieht“, so Sarah von der Gruppe LiST.

Bei der Abschlusskundgebung vor dem Alten Rathaus sangen die Teilnehmenden gemeinsam das Lied „Brot und Rosen“ und beendeten damit kraftvoll die Veranstaltung.

Aufgerufen hatten zur Demonstration „Gemeinsam kämpfen“, das Autonome Frauenhaus Celle, der Dachverband des Êzîdîschen Frauenrats e.V. (SMJÊ), die Celler Gruppe LiST (Land in Sicht Transition), Women Defend Rojava, der Frauen-Diversipersonen-Kinder-Brunch der Solidarischen Initiative Neuenhâusen, der DGB/KV Celle, die GEW/KV Celle sowie der Arbeitskreis Internationalismus.

----- 25.11.2023 -----

## Abschiebung heißt jetzt Rückführung

Wie nicht anders zu erwarten, lehnte die Bundesdelegiertenkonferenz die Forderung der Grünen Jugend ab, wonach Regierungsmitglieder sich verpflichten sollten, keine Asylrechtsverschärfungen mehr mitzutragen. Die beiden Celler Delegierten Kira Müller, Kreisvorstandsmitglied aus Lachendorf, und Bernd Zobel, Kreisvorsitzender der Celler Grünen, unterstützten den Mehrheitsantrag, „nehmen aber die Einwände der Kritiker ernst“, wie es in einer PM heißt. Da werden sich die rückgeführten Abgeschobenen aber freuen.

----- 29.11.2023 -----

## Orange Bänke

Fast alle zwei Minuten wird in Deutschland ein Mensch Opfer von Häuslicher Gewalt. Jede Stunde werden 14 Frauen Opfer von Partnerschaftsgewalt. Beinahe jeden Tag versucht ein Partner oder Expartner eine Frau zu töten. Die Hälfte der Opfer leben mit der tatverdächtigen Person zusammen. Die Statistik „Häusliche Gewalt“ für 2022 ist eine traurige Statistik: die Zahl der Opfer ist um 8,5% gestiegen. Im Bereich der Partnerschaftsgewalt sind die Zahlen sogar um 9,1% zum Vorjahr gestiegen.

Der Runde Tisch gegen Häusliche Gewalt Celle, ein Netzwerk aus Institutionen und Expertinnen, hat auch in diesem Jahr anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen am 25.11.2023 ein aufsehenerregendes und ehrgeiziges Projekt gestartet: In jeder Gemeinde soll eine Orange Bank stehen mit dem QR-Code aller Hilfsangebote und Anlaufstellen zum Thema Häusliche Gewalt in Stadt und Landkreis Celle. Die orange Bank soll außerdem ein Zeichen setzen, dass Häusliche Gewalt keine Privatsache ist und sich der Landkreis Celle mit seinen Gemeinden dem Thema annimmt.

----- 16.12.2023 -----

## Eschede

Etwa 110 Personen nahmen an einer Demonstration gegen den Treffpunkt von Rechtsextremisten in Eschede teil. Zu den Rednern gehörte der SPD-



Bundestagsabgeordnete Dirk-Ulrich Mende und Bernd Zobel, Kreisvorstand Die Grünen. Anlass des Protests war die Befürchtung, dass Neonazis zu einer Wintersonnwendfeier auf dem Hof zusammenkommen. Laut Polizei hielten sich auf dem Hof aber nur wenige Personen auf. – Foto: Michael Hans Hönch.

----- 08.01.2024 -----

## Bauernprotest

Im Rahmen der Proteste von Landwirt:innen fuhren etwa 300 Traktoren aus Bergen in Richtung Soltau, weiter nach Munster und Faßberg. Ein Konvoi aus über 100 Traktoren bewegte sich auf der B3 in Richtung Hannover und pendelte auf der Strecke. Weitere kleinere Versammlungen hat es im gesamten Landkreis gegeben. In den Abendstunden sind an verschiedenen Orten Mahnfeuer entfacht worden.



Einer unserer Leser kommentierte: „Leider protestieren die (!) Landwirte gegen bzw. für das Falsche. Es gibt kein Recht auf Grundwasserverschmutzung mit Nitrat und Pestiziden und es gibt kein Recht auf Minderung der Artenvielfalt durch Monokulturen und Pestizide. Falls die Bauern dagegen protestieren würden, dass sie bei der Umstellung auf eine ökologische, nachhaltige Landwirtschaft zu wenig unterstützt werden, dann wäre das okay. Leider geht es ihnen in der Masse derzeit nur um ein kurzichtiges Weiter so ...“

## Und abschließend ein Blick in den Februar

Anfang Februar eröffnet der WELTLADEN neu in der Zöllnerstraße 17, den Räume der bisherigen Pfaff-Filiale im Herzen der Altstadt. Damit wird es weiterhin in Celle einen Ort geben, in dem die Vision eines gerechten Weltwirtschaftssystems gelebt wird. Auf der Website des Weltladens heißt es dazu: „Gerade die, welche uns den Konsum von täglichem Kaffee und geliebter Schokolade ermöglichen, kämpfen – trotz harter Arbeit –



immer noch ums tägliche Überleben. Dass der Faire Handel dem entgegenwirkt, Lebensumstände verbessert und Perspektiven aufzeigt, zeigen Rückmeldungen der ca. 2,5 Mio. Menschen am Anfang der Lieferkette. Und es hat sich viel geändert in den 50 Jahren seit Beginn der Weltladenbewegung. War der Geschmack mancher Lebensmittel dem westlichen Gaumen eher fremd und Kunsthandwerk exotisch, so exquisit sind die zertifizierten Waren heute gerade wegen ihrer besonderen Herkunft. Sie profitieren von pestizidfreiem Anbau in Mischkultur, Agroforst und der einzigartigen Lage im globalen Süden.“



# Remigration vs. Rückführungsverbesserung



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Der Besserwiser:** „Rückführungsverbesserungsgesetz“ ist das Unwort des Jahres.

**Klein Jonas:** Nein, „Remigration“.

**Der Besserwiser (grinst):** „Rückführungsverbesserungsgesetz“ wäre aber passender.

**Der lange Lulatsch:** Genau. Voll verrückt. Da protestieren Tausende gegen die Nazis und ihre Remigrations-Fantasien und zeitgleich verabschiedet der Bundestag dieses „Rückführungsverbesserungsgesetz“ der Ampel.

**Die Dicke:** Da gibt's schon einen Unterschied. Die Verschärfung des Asylgesetzes zielt auf die zusätzliche Abschiebung von 600 Menschen pro Jahr, die „Remigration“ richtet sich gegen Millionen.

**Oma Lilo:** Trotzdem ist's ja so, dass die Ampel-Parteien und die CDU/CSU sich gerade darüber einig sind, dass das Rechtsfahrgebot jetzt auch in der Politik gilt. Dabei sollten alle wissen: Wer Nazis dadurch bekämpfen will, ihre Vorstellungen zu übernehmen, zahlt damit nur auf ihren Erfolg an den Wahlurnen ein. Die alte Sache mit dem „Original“.

**Der lange Lulatsch:** Aber es tut ihnen ja so unglaublich leid. Zum Beispiel „der Robert“. Wenn die Grünen das Recht auf Asyl weiter schützen wollten, dann müssten sie *„die Wirklichkeit annehmen und die konkreten Probleme lösen – auch, wenn es bedeutet, moralisch schwierige Entscheidungen zu treffen.“*

**Der lange Lulatsch:** Noch besser der Gauck: *„Wir müssen Spielräume entdecken, die uns zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen.“*

**Der Besserwiser:** Das erinnert mich irgendwie immer an die Himmeler-Rede zu den Massenmorden im Osten: *„Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht.“*

**Oma Lilo:** Was haltet ihr denn eigentlich davon, also dass Zehntausende auf der Straße auf die Enthüllungen der AfD-Nazi-Connection und ihre Remigrations-Träume reagiert haben?

**Der lange Lulatsch:** Erst habe ich gedacht: Was soll das? Wieder mal ein Aufstand der Anständigen? Aber wahrscheinlich ist die Stimmung dann doch eher ein „Jetzt ist aber mal Schluss“.

**Die Dicke:** Hoffentlich verbunden mit einer Haltung gegen den Rechtsruck in der gesamten politischen Landschaft.

**Oma Lilo:** Da bin ich eher skeptisch. Weil: Es werden ja jetzt nicht hunderte neue AntiFa-Gruppen gegründet. Und es wird auch nicht in jeder Stadt eine „Omas gegen rechts“-Gruppe entstehen.

**Der lange Lulatsch:** Aber die viel beschworene Spaltung der Gesellschaft manifestiert sich jetzt mal sichtbar, oder?

**Oma Lilo:** Du meinst „Doitschland“ oder „die vielfältige Gesellschaft“?

**Der lange Lulatsch:** Ein nicht mehr kleiner Teil der Gesellschaft wünscht sich in eine Vergangenheit zurück, in der es nicht so Unübersichtlich war, also ohne Ausländer:innen, ohne LGBTQ+, ohne Schuld an Kolonialismus, Holocaust und jetzt auch noch Klimakatastrophe. Das ist die Dreifaltigkeit der AfD: Ausländer – Gendern – Klima. Also der Blick in eine mystifizierte Vergangenheit. Dagegen dann – exemplarisch – die „... for Future“, also jene Milieus der Gesellschaft, die sich offen zeigen für Transformation.

**Die Dicke:** Spannend ist ja, wer da gerade auf die Straße geht und warum?

**Der lange Lulatsch:** Ich denke, es sind Leute, die merken, dass da gerade etwas kippt; dass nicht nur die Prognosen für die AfD steigen, sondern die AfD-Wähler:innen auf einmal dazu stehen, miesepetrige Arschlöcher zu sein.

**Oma Lilo:** Und sie gehen auf die Straße, also nehmen die Sache mal selbst in die Hand, weil die anderen Parteien das Problem nicht lösen, sondern im Gegenteil mit ihrer Migrations- und Sozialpolitik Öl ins Feuer gießen ... die Linke mal ausgenommen.

**Der lange Lulatsch:** Genau. Es gibt nicht mehr allzuviel Vertrauen in „die“ Politik, „die“ Institutionen und „die“ Medien.

**Der Besserwisser:** Wahrscheinlich sind viele aber auch getriggert durch dieses fast schon verschwörungsmächtige Narrativ vom Geheimtreffen. Aber damit ist auch die beliebte Verharmlosung der AfD als Protestpartei vorbei, so dass ein CDU-Politiker wie Hendrik Wüst auf einmal sagt: „Die AfD ist eine gefährliche Nazipartei.“

**Klein Jonas:** Ich frage mich trotzdem, ob die ganzen Demonstrationen die Faschisten irgendwie beeindruckten?

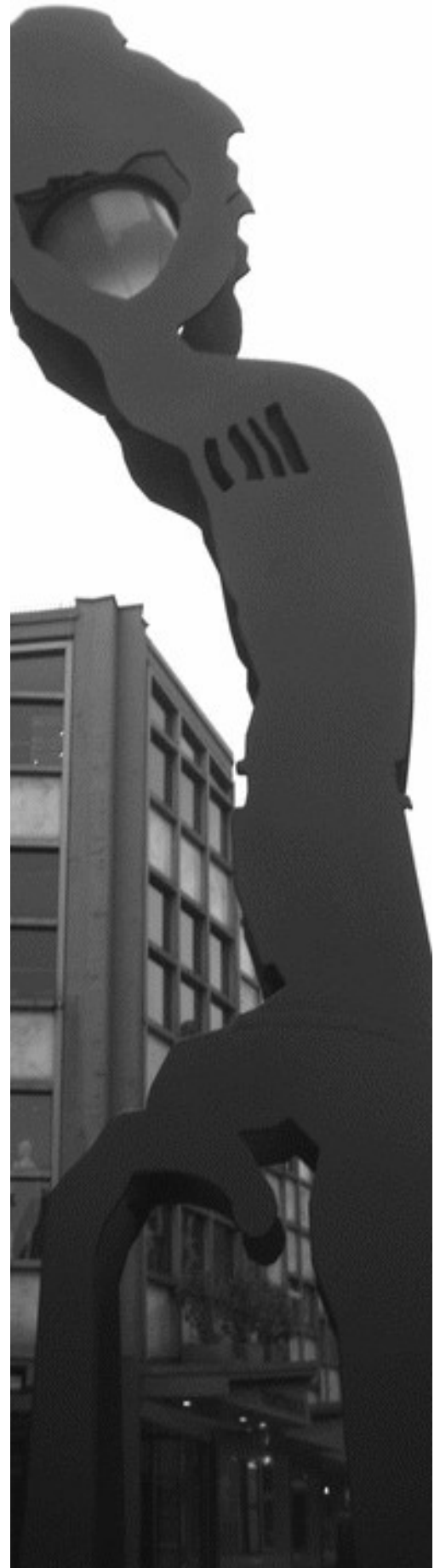
**Der lange Lulatsch:** Die AfD hat ja zweierlei geschafft: Sie hat das Parteiensystem nach rechts gedrückt und damit auch die Diskursfelder. Und sie hat die ganzen problematischen Bestandteile im Alltagsverstand von vielen radikalisiert. Ein bisschen ist's jetzt vielleicht wie auf einer Wippe: Die vielen tausend Menschen könnten im besten Fall eine Kehrtwende bewirken. Einfach dadurch, dass sie jetzt wissen: Wir sind die Mehrheit und müssen den Rassismus und die rechten Ressentiments nicht unwidersprochen lassen.

**Oma Lilo:** Klar, jetzt wird es leichter fallen, den Schwiegersohn oder die Kollegin mal darauf hinzuweisen, was für einen empathielosen Schwurbelscheiß sie gerade von sich gegeben haben.

**Klein Jonas:** Und das soll den Aufstieg der Faschisten brechen?

**Der lange Lulatsch:** Wohl eher nicht. In der *Jacobin* schreibt Simin Jawa-bre: „Um den Faschismus zu bekämpfen, brauchen wir keine gemeinsame Front mit bürgerlichen Parteien, die den größten Abschiebeknast Europas bauen, das Asylrecht auf europäischer Ebene gerade faktisch abschaffen und auf Magazin-Covern dafür werben, »endlich im großen Stil« abzuschieben. Armut, rassistische Hetze und der Ausbau des Abschiebeapparats sind keine Maßnahmen, die die »Demokratie verteidigen«, sondern den Aufstieg der Rechten erst ermöglichen. Die Ampel ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. [...] Wollen wir den Rechten Einhalt gebieten, müssen wir uns genauso gegen die Bedingungen stellen, die ihren Aufstieg erst ermöglichen. Was wir brauchen, ist eine Einheitsfront unter Linken, die als Teil des Klassenkampfes gegen den sozialen Abstieg, die Prekarisierung und die Unterdrückung kämpft, und eine tatsächliche Alternative bieten kann – und zwar als Kontrahentin zum Staat und den regierenden Parteien, nicht zusammen mit ihnen.“

**Der Besserwisser (ironisch):** Rotfront!



## 32 Panzer

Rheinmetall ist von der ukrainischen Regierung mit der Lieferung von Leopard 1-Systemen beauftragt worden. Die Finanzierung erfolgt durch die deutsche Bundesregierung. So wird Rheinmetall 25 Kampfpanzer des Typs Leopard 1A5, fünf Bergepanzer (BPz 2) sowie zwei Fahrschulpanzer an die ukrainischen Streitkräfte liefern. Der Auftragswert liegt im oberen zweistelligen MioEUR-Bereich und umfasst auch Ausbildung, Logistik, Ersatzteile, Instandsetzung und weitere Unterstützungsleistungen. Ebenso gehen fünf Luftlandfahrzeuge Caracal an die Ukraine. Weiterhin liefert Rheinmetall im Auftrag der niederländischen und dänischen Regierung den ukrainischen Streitkräften im Jahr 2024 14 Leopard 2A4. --- Von den 18 aus BW-Beständen gelieferten Leopard-Panzern sind nur noch wenige im Einsatz. Grund dafür ist nicht nur russischer Beschuss - viele sind defekt oder es fehlen Ersatzteile.

## Die Auftragsbücher sind voll

Die Zahlen des Rüstungskonzerns gehen derzeit durch die Decke. In den ersten drei Quartalen sei in der Rüstungssparte der Auftragsingang inklusive neuer Rahmenverträge und anderer Kundenvereinbarungen um rund 130 Prozent auf 14,5 Milliarden Euro gestiegen, teilte das Unternehmen am Donnerstag in Düsseldorf mit.

Der Konzernumsatz kletterte in den ersten drei Quartalen um 13 Prozent auf rund 4,6 Milliarden Euro, das operative Ergebnis stieg um 17 Prozent auf 387 Millionen Euro.

Quelle Arno Neuber / IMI



## Joint Venture

Am 28. September genehmigte das Bundeskartellamt die Gründung eines deutsch-ukrainischen Joint Ventures zur Produktion von Rüstungsgütern: „Das Bundeskartellamt hat heute die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Rheinmetall Landsysteme GmbH, Unterlüß und der SE Ukrainischen Verteidigungsindustrie in der Ukraine genehmigt“, heißt es in der Pressemitteilung. „Das Joint Venture zwischen Rheinmetall und dem ukrainischen Unternehmen ... dient dem Bau und der Wartung militärischer Ausrüstung in der Ukraine“, so Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes. Das Joint Venture soll seinen Sitz in Kiew haben und sich mit Service und Wartung sowie der Montage, Produktion und Entwicklung von Militärfahrzeugen befassen. Es wird zunächst ausschließlich in der Ukraine tätig sein. --- Wie berichtet, kündigte Rheinmetall-Chef Armin Papperger Pläne an, im Juli dieses Jahres ein Werk

für gepanzerte Fahrzeuge in der Ukraine zu eröffnen. Russische Politiker reagierten sofort und sagten, die Anlage werde ein Ziel für Angriffe sein. Papperger kündigte daraufhin in der "Bild" an, das Werk in der Ukraine mit Luftabwehr aus eigener Produktion zu schützen.

## Alles wird teurer

Rheinmetall gehört zu den wichtigsten Munitionslieferanten für die Ukraine. Abseits aller hochmoralischen Verlautbarungen zeigen der Welt zugängliche Dokumente, wie knallhart das Unternehmen bei der wichtigen 155mm-Artilleriemunition Angebot und Notlage ausnutzt. Rheinmetall will u.a. bei seiner spanischen Tochter Expal produzieren lassen – Kostenpunkt: 3.600 Euro pro Stück: „Vor Beginn des russischen Überfalls im Februar 2022 galt ein Stückpreis von 2000 Euro pro Geschoss der Artilleriemunition als marktüblich. [...] Rheinmetall rechnet damit, dass die neue spanische Tochter in diesem Jahr eine operative Gewinnspanne von um die 25 Prozent erzielt – ein sehr guter Wert. [...] Expal soll also offenkundig seine hohen Gewinne auch mit der Munition für die Ukraine machen.“ (jw, 24.10.2023)

## Rheinmetall unter Druck

Turbulent geht es aktuell auf dem europäischen Panzermarkt zu: Die Ankündigung, KNDS (Nexter & KMW) sowie Leonardo würden beim Panzerbau künftig eng zusammenarbeiten, ist eine klare Kampfansage an Rheinmetall, wie auch in der Welt nachzulesen ist: „In Europa entsteht ein neuer grenzüberschreitender Rüstungsriese mit einem Schwerpunkt im Panzerbau. [...] Italiens größter Rüstungskonzern Leonardo wird sich in einer strategischen Allianz mit KNDS verbünden, teilen die Unternehmen mit. [...] Die neue Allianz KNDS-Leonardo ist ein Gegengewicht zum größten deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall und seinen eigenen Panzer-Ideen. Dazu zählt die Entwicklung des eigenen schweren Kampfpanzers Panther oder zur Rolle von Rheinmetall bei der Entwicklung des von Grabenkämpfen geprägten Zukunftspanzerprojektes MGCS (Main Ground Combat System).“ Rheinmetall regierte auf diese Entwicklung prompt, indem es verkündete, der als Konkurrenz in dem von Nexter (und künftig wohl Leonardo) dominierten deutsch-französischen Panzerprojekt MGCS konzipierte Kampfpanzer Panther KF51 werde in Ungarn bis zur Produktionsreife fortentwickelt. (jw, 15.12.2023)

## 11 Millionen Euro Gewerbesteuer

Der Rüstungskonzern Rheinmetall verdient am Standort Unterlüß immer mehr Geld – und davon profitiert auch die Gemeinde. 2021 flossen 6,7 Millionen Euro an Gewerbesteuern in die Gemeindekasse, im vergangenen Jahr waren es rund 9,7 Millionen Euro. Der Ansatz von 9,5 Millionen Euro im Haushalt 2023 dürfte übertroffen werden, für 2024 rechnet Kirchhoff mit Einnahmen in Höhe von 11,0 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer. (Quelle: CZ)

# Waffen schaffen keine friedliche Zukunft

Auch dieses Jahr gibt es im Rahmen der Ostermärsche wieder eine Aktion vor Rheinmetall in Unterlüß. Wir sprachen mit Hans-Dietrich Springhorn (Müden/Örtze) über Hintergrund und Konzept; den Aufruf findet ihr auf der nächsten Seite.

?: Seit einigen Jahren organisierst Du mit anderen in Unterlüß eine Osteraktion, wie kam es dazu?

!: Im Herbst 2019 rief mich Michael Schade aus Hamburg an. Er hat familiäre Bindungen nach Hermannsburg und fragte, ob ich Interesse hätte Ostern 2020, 60 Jahre nach Beginn der bundesdeutschen Ostermarschbewegung, eine Veranstaltung in der Südheide als Revival zu organisieren. Ich erfuhr in diesem Gespräch, dass es sich beim ersten Ostermarsch 1960 in der Bundesrepublik in Wirklichkeit um mehrtägige Sternmärsche von Hamburg, Bremen und Hannover nach Bergen-Belsen handelte. Der damals stark christlich und kirchlich dominierte Protest richtete sich gegen die atomare Bewaffnung der am 12. November 1955 gegründeten Bundeswehr. Ich sagte zu und sehr schnell gewannen wir weitere Mitmacher:innen. Wir trafen uns noch im selben Jahr im Ludwig-Harms-Haus in Hermannsburg.

?: Warum habt Ihr Euch damals für Unterlüß und nicht für Bergen-Belsen entschieden?

!: Nach dem wir uns alle kennen gelernt hatten, waren wir uns einig, wir machen was. Der Ort der Veranstaltung stand schnell fest. Einen Sternmarsch nach Bergen-Belsen zu organisieren, war absolut unrealistisch. Im Gegensatz zu 1960 haben die Menschen heute keine persönlichen Erinnerungen mehr an den 2. Weltkrieg. Wir waren deshalb der Meinung, die aktuellen Hotspots von Rüstung und Militär in unserer Region sind heute für Friedensveranstaltungen besser geeignet. Es gab in Unterlüß zur Rüstungsfirma Rheinmetall schon seit ein paar Jahren organisierte Friedenscamps und eine örtliche Gruppe war dabei, die Geschichte von Rheinmetall im Faschismus aufzuarbeiten. Auch in den Medien wurde über die weltweiten Aktivitäten von Rheinmetall ausführlich berichtet.

?: Was war Euer Konzept und habt ihr es realisiert?

!: In der Südheide spielt, mit der Hermannsburger Mission und direkt in Unterlüß mit der Friedenskirche, die evangelische Kirche eine bedeutende Rolle. Wir wollten versuchen, eine Diskussion über das Thema Krieg und Frieden in die Kirchen und in die Region zu tragen. Wir hatten dabei auch die Menschen im Auge, die bei Rheinmetall und bei der Bundeswehr in Faßberg, Munster und Bergen arbeiten. Das CORONA Virus und die staatlichen Maßnahmen haben uns einen großen Strich durch unser Vorhaben gemacht und wir konnten Ostern 2020 keine öffentliche Aktion durchführen. Damals haben wir aber ein Video produziert und dies ins Netz gestellt. Auch Ostern 2021 musste die geplante Osteraktion entfallen, dafür gab es ein spontanes Fotoshooting vor Rheinmetall. Erst Ostern 2022 konnten wir einen Friedensgottesdienst und Ostern 2023 große Diskussionsrunden im Bürgerpark in Unterlüß mit jeweils annähernd 100 Teilnehmern durchführen. Von dort marschierten dann Teilnehmer:innen zum Verwaltungsgebäude von Rheinmetall, um



vor Ort darauf aufmerksam zu machen, dass mit mehr Waffen und mehr Rüstung keine friedliche Zukunft zu gestalten ist.

?: Hat sich für die Osteraktion 2024 was geändert?

!: Durch Umzug und mit Kriegsbeginn in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Zusammensetzung der Vorbereitungsgruppe verändert und unsere Arbeit erschwert. Der Kriegsbeginn hat den Druck auf uns alle erhöht und das Schwarz-Weiß- bzw. das Freund-Feind-Denken hat bis in unsere Gruppe ausstrahlt. Die Kirchenvertreter haben sich zum Teil zurückgezogen. Dafür sind Personen aus dem gewerkschaftlichen Bereich dazu gekommen. Wir sind aber, wie der Aufruf zur Osteraktion 24 zeigt, gerade nach dem Ausbruch des weiteren Krieges am 7. Oktober 2023 im Gazastreifen unserem Gründungsansatz treu geblieben.

-----

## Rüstungsindustrie Drahtzieher der Kriege

Zum Fürst des Friedens „Ja“ zu sagen, bedeutet also, „Nein“ zum Krieg zu sagen - und zwar mit Mut: Nein sagen zum Krieg, zu jedem Krieg, zur Logik des Krieges selbst, der eine Reise ohne Ziel, eine Niederlage ohne Sieger und ein Wahnsinn ist, für den es keine Entschuldigung gibt. Das ist der Krieg: eine Reise ohne Ziel, eine Niederlage ohne Sieger, ein Wahnsinn, für den es keine Entschuldigung gibt. Um aber „Nein“ zum Krieg zu sagen, muss man „Nein“ zu den Waffen sagen. [...] Und wie kann man von Frieden sprechen, wenn Produktion, Verkauf und Handel von Waffen zunehmen? [...] Die Menschen, die keine Waffen, sondern Brot haben wollen, die sich abmühen, um über die Runden zu kommen und um Frieden bitten, wissen nicht, wieviel öffentliches Geld für Rüstung ausgegeben wird. Doch sie sollten es wissen. Darüber soll man sprechen, darüber soll man schreiben, damit die Interessen und Gewinne bekannt werden, die die Drahtzieher der Kriege sind.

Papst Franziskus, Weihnachtsbotschaft (25.12.2024)



# Das Blutvergießen muss aufhören

Kriege in und am Rande Europas, in der Ukraine und im Nahen Osten, verursachen entsetzliche Zerstörungen, vielfaches Elend und tausendfachen Tod. Die Folgen sind weltweit spürbar. Vor allem der globale Süden leidet, weil durch die massive Aufrüstung Ressourcen fehlen, die dringend gebraucht würden, um Hunger, Krankheit und Umweltbelastung zu überwinden. Zudem ist Krieg ein gewaltiger Klimakiller. Auch in unserem Land fehlen durch die immensen Rüstungsinvestitionen die finanziellen Mittel in der Energieversorgung, in der Infrastruktur, im Bildungs- und Gesundheitswesen und in der Altersversorgung. Wir teilen nicht die Ansicht, dass Militarisierung und Waffengewalt irgendeinen Konflikt lösen könnten, ebenso wenig wie verfestigtes Freund-Feind-Denken und stellen die Frage: Wo soll die Lieferung von immer mehr und schwereren Waffen hinführen, außer in Vernichtung und Traumatisierung ganzer Generationen?

## Die Menschen brauchen Frieden!

Die große Militär- und Rüstungskonzentration in unserer Region haben wir schon vor dem 24. Februar 2022 und dem 7. Oktober 2023 kritisiert. Wir bekräftigen: Die Aufrüstungsspirale, die Erweiterung des Rüstungsetats unseres Landes und auch die Vergrößerung des Rüstungswerkes von Rheinmetall hier in Unterlüß führen nicht zu einer gerechteren und friedlicheren Welt. Die Erfahrung lehrt: Kriege kennen nur Verlierer!

Kriege enden, indem diplomatische Lösungen gesucht und Verhandlungen ermöglicht werden.

Dazu müssen die Waffen schweigen! Wir fordern die Bundesregierung auf, sich von der Kriegslogik abzuwenden und alle Anstrengungen auf eine Friedenslösung zu richten – für die Ukraine, für den Nahen Osten, für all die anderen Konflikttherde, die eine tatsächlich „werteorientierte Außenpolitik“ verlangen. Wir treffen uns in Unterlüß, weil wir gegen die Produktion und den Export von immer mehr Waffen, von Panzern und Munition protestieren.

Wir warnen vor den Risiken dieser Waffenlieferungen: Sie verschärfen den Konflikt, wirken eskalierend und entziehen sich der Kontrolle, da die Waffen weiterwandern und ir-

gendwo auf der Welt auftauchen und Schaden und Unheil anrichten.

## Wir wollen eine andere Politik!

Wir treffen uns mit Transparenten und Plakaten in der Neusothriether Straße. Es wird Rede- und Musikbeiträge geben. Als Teil der bundesweiten Ostermarsch- und Friedensbewegung wollen wir gewaltfrei unseren Protest gegen den kriegerischen Zeitgeist auf die Straße und vor das Tor des großen und weltweit agierenden Rüstungsbetriebes bringen.

## Samstag, 30. März 2024, 11 Uhr in Unterlüß vor Rheinmetall

### Die Kriege müssen enden – die Welt braucht Frieden! Waffenstillstand in der Ukraine und im Nahen Osten sofort

**Es rufen auf:** Veronika Hüning (Wendland), Hans-Dietrich Springhorn & Doris Artelt (Müden/Örtze), Werner Behrens (Nienburg), Klaus Meier (Celle), H-D Charly Braun (Heidekreis)

**Wir unterstützen den Aufruf:** Angelika Cremer, Mitglied Gemeinderat und SPD (Faßberg), Michael Schade (Hamburg), Renate Gerstel (Heidekreis), Axel Kruse (Dannenberg), Reinhard Rohde, Kreistagsabgeordneter für Die Linke (Celle), Initiative „Land in Sicht – Transition“ (Celle), Bernd Kittendorf, Verdi (Hamburg), Beate Griebner, Friedensinitiative Altona, GEW (Hamburg), Holger Griebner, Arbeitskreis Frieden Verdi, Friedensinitiative Niendorf (Hamburg), Metin Kaya, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Hamburg), D. Bittner-Roshankar, Friedensini Hamburg-Süd, Verdi (Hamburg), Eugen Schanz, Friedensini Hamburg-Süd, Verdi (Hamburg), Frauke Siedenburg, Verdi (Hamburg), Regina Meyer, Friedensinitiative Altona, Verdi (Hamburg), Prof. Dr. Veronika Lemtsch, Friedensini Hamburg-Süd, Verdi (Hamburg), Heiko Jensen, Friedensini Hamburg-Süd (Hamburg), Florian Muhl, Friedensini Hamburg-Süd (Hamburg), Petra Sawadzlei, Fi Seevetal-Stelle (Landkreis Harburg), Jörg Kronauer, Journalist (London), Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung (Hamburg), Dr. Margot Käßmann, Theologin (Hannover), Dietmar Gürtler-Stübler (Hamburg), Malcolm Chamberlain, KV der St. Laurentius Kirchengemeinde (Faßberg-Müden), Thomas Immanuel Steinberg (Hamburg), Peer Moritz, Friedensinitiative Altona (Hamburg), Heide Janicki, Verdi, VVN-BdA (Braunschweig), Andreas Kuhn (Soltau), Mecki & Alfred Hartung, VVN-BdA (Wolfsburg), Sibylle Wehner, Friedensinitiative Altona (Hamburg), Rolf Becker, Schauspieler, Verdi (Hamburg), Bremer Friedensforum (Bremen), Pastor i. R. Hartmut Drewes, Bremer Friedensforum (Bremen), Eva Böller, Bremer Friedensforum (Bremen), Barbara Heller, Bremer Friedensforum (Bremen), Elisabeth Hafner-Reckers (Lüchow), Dieter Reckers (Lüchow), Elke Schrage (Lüchow), Dagmar Gebauhr, pax christi (Braunschweig), Bettina Knuffmann (Lüchow), Reimund Schoppmann (Lüchow), Katrin Herrmann & Matthias Berger, Ossietzky Verlag (Dähre, Altmark), Friedensbündnis Neubrandenburg (Neubrandenburg), Günter Gericke, Friedensbündnis (Neubrandenburg) [Stand: 15.01.2024]

**Anreise per Bahn: Celle Hbf ab 10:08, Unterlüß an 10:23; Rückfahrt 12:30 // 13:30 // 14:30, Celle an 12:46 // 13:46 // 14:46**

Quelle Arno Neuber / IMI



## Politik und Rüstungsindustrie sind eng verflochten

Politik und Rüstungsindustrie sind in Deutschland deutlich enger verflochten als bisher bekannt – das ist das Ergebnis einer neuen von Greenpeace in Auftrag gegebenen Recherche. In der Untersuchung „Revolving Doors – wie Politik und Rüstungsindustrie gemeinsame Sache machen“ (Link: <https://act.gp/4717i25>) zeigen die Autorinnen Anne Zetsche und Ingrid Knorr, wie Mitglieder des Bundestages enge Verbindungen zur Rüstungsindustrie pflegen. Sie identifizieren Think Tanks und bisher weitgehend unbekannte Lobbyagenturen als einflussreiche Akteure in der Sicherheitspolitik.

„Politiker:innen wechseln mühelos vom Bundestag in die Lobbyarbeit, während Think Tanks die Politik und Öffentlichkeit im Sinne der Rüstungsindustrie beeinflussen. Mit diesem Netzwerk von Seitenwechsler:innen verschafft sich die Industrie inmitten einer Aufrüstungsdebatte ihre milliardenschweren staatlichen Aufträge“, so Greenpeace-Rechercheur Philip Steeg.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Wolfgang Hellmich (SPD), Andreas Schwarz (SPD), Siemtje Möller (SPD) oder Henning Otte (CDU) haben eines gemeinsam: Sie und andere Mitglieder des Bundestages ebnen den Weg für die Interessen der Rüstungsindustrie in politischen Entscheidungszentren, indem sie sowohl für Organisationen der Rüstungsindustrie als auch im Parlament aktiv sind. Beispielsweise war der SPD-Politiker Andreas Schwarz Schirmherr eines Informationsabends des US-amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed Martin im Abgeordneten-Restaurant des Bundestags, bei dem für das Kampfflugzeug F-35 lobbyiert wurde.

### Kaum Unabhängigkeit in der politischen Beratung

Fritz Felgentreu (SPD), Robert Hochbaum (CDU), Ex-BND-Präsident Gerhard Schindler oder der ehemalige Inspekteur der Luftwaffe Karl Müllner sind alle so genannte Seitenwechsler. Sie wechselten von Politik, Ministerien oder Militär als Lobbyisten zur Rüstungsindustrie und lobbyieren nun in deren Auftrag für den Kauf von Rüstungsgütern. So profitiert beispielsweise Concilius, eine politische Unternehmensberatung, von der Expertise des früheren SPD-Abgeordneten Fritz Felgentreu. Dadurch kann das Unternehmen politische Kompetenz und erstklassige Netzwerke für Kund:innen wie Raytheon, eines der weltweit größten Unternehmen im Bereich militärischer Luftfahrt, bereitstellen. Die Verflechtungen mit der Rüstungsbranche werden auch bei Friedrich30 deutlich, einer weiteren Beratungsagentur. Sie beschäftigt unter anderem den ehemaligen Geheimdienstchef Gerhard Schindler.



Auch Think Tanks spielen als Verbindungsglied zwischen Politik und Rüstungsindustrie eine zentrale Rolle. Schlüsselfiguren sind beispielsweise Thomas Enders, Christian Mölling oder Nico Lange. Insbesondere die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), eine der einflussreichsten außen- und sicherheitspolitischen Organisationen, ist eng mit der Rüstungsindustrie verflochten. So war beispielsweise DGAP-Präsident Thomas Enders zuvor Vorstandsvorsitzender der Airbus SE. Gleichzeitig hat Airbus allein im Geschäftsjahr 2016/2017 sowie den drei Jahre zuvor jeweils eine Geldsumme von mehr als 100.000 Euro an die DGAP gespendet. Von der Rheinmetall AG erhielt sie 2021/2022 zwischen 10.000 und 19.999 Euro.

„Wir brauchen dringend eine Debatte über eine angemessene und unabhängige Sicherheitspolitik, die nicht in erster Linie Aufrüstungsinteressen bedient“, so das Fazit von Philip Steeg.

Die Recherche findet sich zum Download unter:

[https://www.greenpeace.de/publikationen/20231208\\_Recherche\\_Ruestung.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/20231208_Recherche_Ruestung.pdf)



## Die veröffentlichte Meinung

Wer seit dem 24. Februar 2022 die Berichterstattung verfolgt hat, konnte sich des Eindrucks wohl kaum erwehren, dass in Sachen Ukraine-Krieg eine erhebliche Diskrepanz zwischen der in den Medien und in der Bevölkerung existierenden Lesart des Konfliktes existiert. In ihrer überaus lesenswerten Studie „Die veröffentlichte Meinung“ lieferten Leo Keller und Harald Welzer anhand umfassender empirischer Recherchen den Beleg dafür, dass dies tatsächlich zutrifft.

Darüber hinaus kommen Keller/Welzer in ihrer Recherche zu einem zweiten wichtigen Ergebnis, denn sie konstatieren ein fundamental verändertes Selbstverständnis aufseiten der Leit- wie auch regionaler Medien: „Auch wenn man hier noch einmal daran erinnern kann, dass es durchaus ein informationelles und argumentatives Gefälle zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung geben kann und soll, scheint hier doch aufseiten des politischen Journalismus der Anspruch durch, die politische Debatte über diesen Fall von Krieg und Frieden leiten zu wollen. Damit wäre dem Journalismus eine Rolle zugewiesen, die ihm demokratietheoretisch nicht zukommt: von der kritischen Berichterstattung und Kommentierung hin zum politischen Aktivismus, von der Kontrolle zur Beeinflussung.“

<https://www.fischerverlage.de/magazin/neue-rundschau/die-veroeffentlichte-meinung>



## Übernahme von Energiekosten

Auch Erwerbstätige können beim Jobcenter einen Anspruch auf eine (anteilige) Übernahme von Nachzahlungen aus Heiz- und Stromkostenabrechnungen geltend machen – auch bei einmalig anfallenden Kosten zur Brennstoffbeschaffung (z.B. Befüllen des Öltanks).

Bei Erwerbstätigen, die normalerweise keinen Anspruch auf Leistungen vom Jobcenter haben, erhöht sich der anrechnungsfähige Bedarf um die Höhe der Nachzahlung / Rechnungssumme in dem Monat, in dem diese zu zahlen ist. Wenn also dieser Bedarf nicht durch Einkommen gedeckt werden kann, besteht für diesen Monat ein Anspruch

auf aufstockende Leistungen. Dies gilt auch für Haushalte, die bereits Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen. Wichtig: Der Antrag beim örtlichen Jobcenter muss in dem Monat, in dem die Zahlung fällig wird, gestellt werden

Der Anspruch auf staatliche Unterstützung besteht zudem nur dann, wenn kein erhebliches Vermögen vorliegt. Erhebliches Vermögen liegt beim Bürgergeld vor, wenn das sofort verfügbare Vermögen (z.B. Barmittel, Geld auf dem Girokonto, Sparbuch) 15.000 Euro für jede Person im Haushalt übersteigt.

<https://www.arbeitsagentur.de/arbeitslos-arbeit-finden/buergergeld/buergergeld-beantragen>



Foto: Jürgen Elendt

## Das Umfragehoch der AfD

Das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat im November eine Studie zum Hintergrund des aktuellen Umfragehochs der AfD veröffentlicht. Neben den Wähler:innen-Wanderungen werden die AfD-Wählenden im Profil sowohl hinsichtlich ihrer demografischen und arbeitsbezogenen Merkmale als auch ihrer Sorgen, ihres Vertrauens und ihrer Perspektive auf die Pandemie und auf den Krieg in der Ukraine vorgestellt. Zudem wird analysiert, wie sich neu hinzugekommene Wählendengruppen der AfD von etablierten Stammwählenden in diesen Punkten unterscheiden.

Es zeigt sich, dass die AfD zuletzt auch Wählendengruppen anspricht, die sie bisher kaum erreichen konnte und die sich von etablierteren AfD-Wählenden unterscheiden. AfD-Wählende zeigen sich jedoch einheitlich als hochbelastet, misstrauisch und hochbesorgt. Die Zuwanderungsbegrenzung scheint das einende Thema zu sein, mit dem auch neu hinzugekommene Wählendengruppen angesprochen werden, die sonstige AfD-Positionen weniger stark teilen und auch bisher noch kein allzu großes Vertrauen in die AfD aufgebaut haben.

[https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008748&WAN=52262081](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008748&WAN=52262081)

# Abschiebung von Ezid:innen stoppen

Tausende von Êzîd:innen in Deutschland sind von Abschiebung in den Irak bedroht. Mit einem Offenen Brief an alle Mitglieder des Deutschen Bundestags haben verschiedene Initiativen einen sofortigen Abschiebestopp gefordert. Unterschrieben wurde der Aufruf auch von der Jüdische Gemeinde Celle e.V. und vom Celler Netzwerk gegen Antisemitismus. Wir dokumentieren den Brief, weil er umfangreich informiert. Aus Niedersachsen wurde bisher nicht abgeschoben, weshalb das Thema bei uns nicht so präsent ist.

## Offener Brief an die Mitglieder des Bundestags: Abschiebung von Jesidinnen und Jesiden sofort stoppen und eine Fortsetzung des Völkermords verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit diesem Brief wenden wir uns an Sie, da uns täglich neue Mitteilungen über Abschiebungen von Jesidinnen und Jesiden und viele verzweifelte Hilferufe erreichen.

Vor nicht einmal einem Jahr, am 19. Januar 2023, haben Sie alle – einstimmig, ohne jeglichen Fraktionszwang und nur Ihrem Gewissen verpflichtet — für die *„Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden“* gestimmt (Drucksache 20/5228). Damit haben Sie Hoffnungen und Erwartungen bei Menschen geweckt, die vor Tod und Unterdrückung geflohen sind und in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben. Menschen, die sich auf die Umsetzung starker Aussagen verlassen haben.

Wir möchten Sie an die damalige Bundestagssitzung und einige der vielen unterstützenden Wortmeldungen erinnern:

Der CSU-Abgeordnete Dr. Jonas Geissler sprach von Deutschland als der zweiten Heimat für die Jesidinnen und Jesiden. In Richtung der IS-Täter sagte er:

*»Wenn Ihr ihnen Eure Welt nehmen wolltet, so geben wir ihnen die unsere.«*

Der Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Max Lucks sagte:

*»In Deutschland lebt die größte jesidische Diaspora. Das verpflichtet uns als Bundestag aktiv zu werden. Erlebte Traumata, die stetige Angst nicht in Sicherheit zu leben, das Gefühl, dass die Welt nicht auf die humanitäre Lage der Jesid\*innen schaut – mit unserer Initiative möchten wir genau hierunter einen Schlussstrich ziehen.«*

Auch die SPD-Abgeordnete Anika Klose betonte, dass der Bundestag nun dafür Sorge, dass das Geschehene nie wieder geschehen kann und betonte

*»Wir gehen den schweren Weg gemeinsam.«*

Der Abgeordnete der FDP Peter Heidt (FDP) erklärte,

*»dass es darum gehe einem geschundenen Volk zu helfen und der geschundenen jesidischen Gemeinschaft in der größten Diasporagemeinde ein Leben ohne Diskriminierung zu ermöglichen.«*

Michael Brandt, Abgeordneter der CDU, betonte damals,

*»dass der Bundestag ganz bewusst die Verpflichtung eingehe dem jesidischen Volk zur Seite zu stehen – auf allen Ebenen und auf Dauer.«*

Alle Fraktionen betonten die besondere Schutzbedürftigkeit der Jesidinnen und Jesiden.

Die abschließende Aussage von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock machte die Bedeutung und die Tragweite der Anerkennung sichtbar:

*»Der Parlamentsbeschluss steht stellvertretend für das ganze Land. Deutschland erkennt den Völkermord an den Jesiden an.«*



Im Oktober und November gab es eine Mahnwache vor dem Bundestag; einige Teilnehmende untermauerten ihre Forderungen mit einem Hungerstreik.

## An der Seite der Jesiden

Damit stellte sich Deutschland unverrückbar an die Seite der Jesidinnen und Jesiden. Entrechteten und gedemütigten Menschen, die alle in ihren Familien Morde, Zwangskonvertierungen, Geiselnahme und zigfache Vergewaltigungen an engsten Verwandten erleben mussten, gab es die Gewissheit, ein neues Leben beginnen zu können, mit allen Rechten und Pflichten, ein gerechtes Leben in der neuen Heimat.

Diese Gewissheit wird durch die nunmehr durchgeführten und weiter geplanten Abschiebungen in das Gegenteil verkehrt. Den Jesiden droht durch die Rückkehr die Fortsetzung des Völkermordes.

Lassen Sie nicht zu, dass der sogenannte *„Islamische Staat“* am Ende doch noch siegt. Zeigen Sie, dass Deutschland fest an der Seite der Opfer steht und füllen

Sie das vielzitierte »Nie wieder« mit Leben.

Die jesidische Gemeinschaft, die gerade erst anfängt, zumindest in der Diaspora ihr Trauma aufzuarbeiten, ist durch die jüngsten Abschiebungen zutiefst verunsichert. Fast alle Bundesländer schieben »geduldete« Jesidinnen und Jesiden wieder vermehrt in das Herkunftsland Irak ab. Diese Abschiebungen widersprechen dem Ansinnen ihres Beschlusses vom Januar und auch der von der Innenministerkonferenz getroffenen Vereinbarung von 2019, Jesidinnen und Jesiden nur bei Vorliegen schwerer Straftaten in den Irak abzuschicken.

### **Zurück ins Land der Täter?**

So werden traumatisierte Menschen zurück in das Land der Täter geschickt. Ihre Brüder und Schwestern hausen noch immer in völlig unzureichend ausgestatteten und überfüllten Flüchtlingslagern, es gibt derzeit keinen Platz im Irak, wo diese Menschen leben könnten. Der auch von der Bundesregierung zugesicherte Wiederaufbau des Shingal, dem Ursprungsgebiet der Jesiden, hat noch nicht einmal begonnen und erst vor wenigen Tagen wurde hier wieder eine vielköpfige jesidische Familie ermordet. Ein aus Deutschland abgeschobener Jeside verstarb keine 48 Stunden nach seiner Rückkehr auf offener Straße in Erbil.

Die offenkundig geplante und koordinierte Durchführung dieser Abschiebungen aus fast allen Bundesländern überrascht umso mehr, da es sich fast ausschließlich um inzwischen gut integrierte Menschen handelt. Diese sind berufstätig, gehen zur Schule oder sollen als Einzelpersonen aus dem Familienverbund gerissen werden.

### **Zwei Einzelfälle:**

Eine junge Jesidin darf mit 17 Jahren ihrer Familie nach Deutschland folgen. Vier Jahre später hat sie ein einjähriges Kind und ist als Volljährige ein eigenständiger Asylfall. Ihr Aufenthaltsrecht wird widerrufen, da sie wegen des Kindes keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen kann. Sie muss mit dem Kleinkind zurück in das Land der Täter. Der Rest ihrer Familie darf bleiben, wohl wissend, dass die Tochter und Schwester sowie das Enkelkind im Irak kaum Überlebenschancen haben.

Ein junger Mann war in den letzten vier Jahren 36 Monate berufstätig. Während der auf die Corona-Krise folgenden Rezession verlor er seinen Arbeitsplatz, besorgte sich eigenständig einen neuen Job und vereinbarte einen Termin bei der Ausländerbehörde, um seine Arbeitserlaubnis zu verlängern. Als er diese betrat, erwartete ihn statt der Genehmigung die Polizei, um ihn in Abschiebegehwarsam zu nehmen.

### **Niedersachsen macht es anders**

Dabei zeigt vor allem ein Bundesland, dass es auch anders geht: Niedersachsen bleibt seiner Linie treu, dass Jesidinnen und Jesiden nur abgeschoben werden, wenn eine schwere Straftat begangen wurde. Hier ist die Rede von der neuen Heimat noch mit Leben gefüllt. Wie sagte

die Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad bei ihrem Besuch im Bundestag:

*»Deutschland ist meine zweite Heimat, daher sind Sie auch meine Abgeordnete.«*

Was für Nadia Murad gilt, gilt für alle Jesidinnen und Jesiden. Sie sehen Deutschland als ihre neue Heimat an. Sie lieben dieses Land und die Möglichkeit, ohne Verfolgung ihre Sprache zu sprechen, ohne diskriminierende Einschränkungen gegen Jesidinnen einer Arbeit nachzugehen, den eigenen Glauben leben zu dürfen. Sie wissen die Vorzüge der Demokratie, der freien Meinungsäußerung zu würdigen, und sie fühlen sich als Bestandteil dieses Landes. Dieser Glaube ist mehr als erschüttert. Rund 300.000 Jesidinnen und Jesiden (25 % dieses Volkes weltweit) leben in Deutschland. Ungefähr 30.000 von ihnen sind wegen ihres beschränkten Aufenthaltstitels von Abschiebungen bedroht. In fast jeder Familie gibt es zumindest eine Person, der eine Rückkehr in das Land der Täter droht, ein Land, für welches das Auswärtiges Amt eine Reisewarnung ausspricht; ein Land, in das die Mitglieder des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages angesichts der angespannten Lage aktuell nicht reisen können. Wenn die Sicherheit für unsere gut beschützten Parlamentarier nicht gewährleistet werden kann, wie soll es eine Sicherheit für die Menschen geben, die von der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung immer noch als ungläubig und »Teufelsanbeter« angesehen wird?

### **Es bedarf des politischen Willens**

Dies haben Sie mit Ihrer Abstimmung im Januar sicher nicht bezweckt: die Jesidinnen und Jesiden als Opfer eines Völkermordes anzuerkennen, um sie postwendend in das Land des Völkermordes zurückzuschicken. Am 19. Januar haben Sie bekundet, dass Deutschland an der Seite der Jesidinnen und Jesiden steht. Das bedeutet auch, dass die Abschiebungen in den Irak sofort gestoppt werden müssen.

Dazu bedarf es zuerst einmal des politischen Willens. Das Bundesministerium des Innern kann im ersten Schritt einen Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden verhängen. Wenn die Bundesländer ihrer Pflicht nicht nachkommen, dann ist der Bund gefordert.

Die Bundesrepublik hat ein starkes Parlament. Zeigen Sie diese Stärke und ermöglichen Sie ein Bleiberecht der Jesidinnen und Jesiden. Geben Sie der Regierung den Weg vor, um für ein echtes »Nie wieder« zu sorgen. Zeigen wir alle gemeinsam, dass Deutschland nicht mehr das Land ist, für den der juristische Begriff des Völkermordes gefunden wurde, sondern ein Land, das an der Seite der Schwachen und Schutzbedürftigen steht.

Der Offene Brief wurde auch auf Change.org veröffentlicht und kann weiter unterzeichnet werden.

# Audiowalk zum Ezidentum in Celle

Unter dem Titel „Hear I am“ hat das Projekt FERMAN der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten einen Audiowalk veröffentlicht. Dieser beschäftigt sich mit Ezid:innen in Celle und führt über acht Stationen durch die Innenstadt. Dabei werden Migrationsgeschichten wie auch aktuelle Fragen um den anhaltenden Genozid an den Ezid:innen aus Shingal (Irak) thematisiert. Gezeigt werden soll, inwiefern die Migration der Ezid:innen zur Celler Lokalgeschichte gehört und weshalb der anhaltende Völkermord auch ein Thema für uns in Deutschland ist – unabhängig der ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit.

Der Audiowalk ist komplett auch online verfügbar: <https://ferman-audiowalk.eu/>

Neben Informationen in Ton und Text lädt ein Quiz auf der Webseite dazu ein, Erlerntes anzuwenden. Auch für Schüler:innen-Gruppen ist der Audiowalk geeignet.

Vielleicht ist das Projekt tatsächlich am ehesten zugeschnitten und „geeignet“ für Schüler:innen. Aber auch hier muss die Frage erlaubt sein, warum Konfliktlinien praktisch ausgespart werden und den Hörer:innen eine folkloristische Wohlfühl-Insel präsentiert wird.

Nichts spricht dagegen, dass „Hatti“ und Yilmaz ausführlich über ezidische Esskultur erzählen – oder eben doch, wenn nicht gleichzeitig etwas über die ausbeuterischen und krankmachenden Wohnbedingungen zu erfahren ist, denen die erste Generation ausgesetzt war, und nichts über die hetzerische Kampagne von Oberbürgermeister Biermann, mit der über Monate unterstellt wurde, kurdischer Immobilienbesitz sei durch Drogenhandel finanziert.

Für die vorhandenen Lücken ist vielleicht die Tonspur zur Station „Oberlandesgericht“ ein gutes Beispiel: Der OLG-Pressesprecher Andreas Keppler kommt ausführlich zu den Prozessen gegen den Islamischen Staat (IS) zu Wort, was okay ist – aber dahinter verschwinden die vielen politische Prozesse gegen Kurden, denen vorm OLG der Prozess gemacht wurde wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PKK.

Etwas merkwürdig ist zudem, dass das Bomann-Museum als Station fehlt. Dort ist seit langem die ezidische Migration nach Celle Bestandteil der Dauerausstellung. Informativ in einen Zusammenhang gestellt mit der Migration der Hugenotten und der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 können Besucher:innen an diesem Ort viel über ezidische Geschichte und Kultur erfahren.

Für das Projekt interviewt wurden: Salhattin „Hatti“ Kizilyel, Andreas Döring (Schlosstheater), Yilmaz Kaba,, Hediya Ekinci, Andreas Keppler (Oberlandesgericht), Andreas Babel (Cellesche Zeitung), Naif Ekinci,

Nahla Abas, Hadia Hakrash.

Das schöne bei Internet-basierten Formaten ist ja aber, dass sie problemlos erweitert werden können, wenn und wo Mängel erkannt werden.

## Bildungsprojekt zum Völkermord

Parallel hat das Projekt Ferman im Internet ein „Dokumentations- und Bildungsprojekt zum Völkermord an den Ezid\_innen“ erarbeitet: <https://www.ferman.eu/>

Gemeinsam gestaltet mit dem Verein Women for Justice e.V. bietet diese Seite grundlegende Informationen zum anhaltenden Völkermord an der ethno-religiösen Gemeinschaft der Ezid:innen an. Nach einer seit Jahrhunderten andauernden Verfolgungsgeschichte steht der Genozid in der Region Shingal im Nordirak, den der Islamische Staat am 3. August 2014 begann. Ihrem kollektiven Gedächtnis nach wurden Ezid:innen bis heute 74 Mal Opfer von Genoziden, die sie als „Ferman“, wie Verordnungen im Osmanischen Reich hießen, bezeichnen.



Menschen auf der Flucht vor dem IS

Hier gibt es dann zum Ezidentum Informationen zu Geschichte, Religion, Kultur. Die weiteren drei Info-Säulen sind: der „Genozid“ (Überfall August 2014, Flucht, Versklavung, Massengräber, Zerstörung von Kulturgut, Widerstand und (Macht-)Kämpfe in Shingal; das "Weiterleben" (aktuelle Situation, Trauma, Trauer und Gedenken, Rechtliche Aufarbeitung, Überlebende); und schließlich "Islamischer Staat" (Ideologie, Struktur und Täter:innen, Deutsche beim islamischen Staat).

Das ist alles sauber recherchiert und kompakt zusammengefasst. Ein bisschen überraschen kann, dass Ezid:innen hier nicht mehr (wie Jahrzehnte üblich) den Kurd:innen zugerechnet werden. Diese Neu-Orientierung ist erklärungsbedürftig. Insgesamt fehlt leider ein Literaturverzeichnis.

## Neues aus der Stadtbibliothek

### Die Möglichkeit von Glück

Die Gewalt in der ostdeutschen Nachwendzeit („Baseballschlägerjahre“) ist nach wie vor ein schwer erklärbares Phänomen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass der DDR offiziell die „sozialistische Persönlichkeit“ als Erziehungsziel galt. Autofiktional begibt sich Anne Rabe in ihrem Debütroman auf die Suche nach Antworten.

Sie macht darauf aufmerksam, dass es in DDR-Familien in ähnlicher Weise autoritär zugeht wie in der BRD – in ihrem Roman illustriert an einer physisch und psychisch gewalttätigen Mutter. Und sie meint, dass in der DDR der Nationalsozialismus „unaufgearbeitet“ geblieben sei, was ihrer Auffassung nach auch für die Repressions-Geschichte der DDR gelte. Die Beschädigungen, mit der die Kriegsgeneration im Westen wie im Osten leben mussten, hätten sich – so Rabes These – in der DDR gewissermaßen bis heute verlängert.

Anne Rabe hat bisher u.a. Drehbücher (z.B. „Warten auf'n Bus“) geschrieben. Dieses „Handwerk“ hat ihr ermöglicht, einen Roman zu schreiben, der die meisten Leser:innen schnell einfangen dürfte.

**Rabe, Anne: Die Möglichkeit von Glück. Roman. Stuttgart, Klett-Cotta 2023, 380 Seiten – Bestseller Roman**



Foto: Anette Hauschild

### Der globale Süden und die Ignoranz des Westens

In den deutschen Medien-Mainstream ist der Begriff „Globaler Süden“ mit den Diskussionen um Antisemitismus auf der documenta fifteen geläufiger geworden. Und auch beim Ukraine-Krieg und dem Nahost-„Konflikt“ wird deutlich: Die Deutungen der westlichen Welt, sprich: der früh-industrialisierten Länder mit kolonialer Vergangenheit, werden in großen Teilen der restlichen Welt nicht geteilt. Die Politikwissenschaftler Plagemann und Maihack machen in ihrem ersten großen Kapitel nachvollziehbar deutlich, wie und warum der Kolonialismus da (nach-)wirkt, und auch wie die „Doppelmoral“ des Westens (z.B. völkerrechtswidriger Krieg gegen den Irak) Vertrauen zerstört hat.

Im weiteren wechseln die Autoren in die westliche Perspektive und



versuchen aufzufächern, wie „der Westen“, also „wir“, mit dieser Situation umzugehen hätten – und was für Chancen eine multipolare Ordnung gerade auch Europa bieten würde, weil die Interessen in etlichen Aspekten große Schnittmengen hätten.

**Plagemann, Johannes / Maihack, Henrik: Wir sind nicht alle - der globale Süden und die Ignoranz des Westens. München, C.H.Beck 2023, 243 Seiten – Bestseller Sachbuch**

### ... und noch ein paar Neuerwerbungen

#### Bestseller Roman:

Bonné, Mirko: Alle ungezählten Sterne. Roman, Frankfurt am Main, Schöffling & Co. 2023, 331 Seiten

Gneuß, Charlotte: Gittersee. Roman. Frankfurt am Main, S. FISCHER 2023, 236 Seiten

Haas, Wolf: Eigentum. Roman. München, Hanser 2023, 160 Seiten

Kehlmann, Daniel: Lichtspiel. Roman Hamburg, Rowohlt 2023, 480 Seiten

Mora, Terézia: Muna oder Die Hälfte des Lebens. Roman. München, Luchterhand 2023, 440 Seiten

Roßmann, Dirk / Hoppe, Ralf: Das dritte Herz des Oktopus. Thriller. Köln, Lübbe 2023, 608 Seiten

Schachinger, Tonio: Echtzeitalter. Roman. Hamburg, Rowohlt 2023, 364 Seiten

#### Bestseller Sachbuch:

Clark, Christopher M.: Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt. München, Deutsche Verlags-Anstalt 2023, 1164 Seiten

Illies, Florian: Zauber der Stille. Caspar David Friedrichs Reise durch die Zeiten. Frankfurt am Main, S. FISCHER 2023, 251 Seiten

Mendel, Meron: Über Israel reden - eine deutsche Debatte: Köln, Kiepenheuer & Witsch 2023, 215 Seiten

Meyer, Thomas: Hannah Arendt - die Biografie. München, Piper 2023, 520 Seiten

Münkler, Herfried: Welt in Aufruhr - die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert. Berlin, Rowohlt Berlin 2023, 526 Seiten

Precht, Richard David: Mache die Welt. Eine Geschichte der Philosophie IV, München, Goldmann 2023, 526 Seiten

Raworth, Kate: Die Donut-Ökonomie - endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München, Hanser 2023, 412 Seiten

Redecker, Eva von: Bleibefreiheit. Frankfurt am Main, S. Fischer 2023, 158 Seiten



## Zur Geschichte der Familie Feingersch

Am 26. Februar werden an drei Orten in Celle vom Kölner Künstler Gunter Deming weitere 14 Stolpersteine verlegt. Und zwar vor der Zöllnerstraße 5 für vier Mitglieder der Familie Löwenstein, dann vor dem Haus Hehlentorstraße 14 für vier Mitglieder der Familie Wexseler bzw. Kar-meinsky, schließlich für sechs Mitglieder der Familie Feingersch vor der Synagoge (Im Kreise 23).

Zur Verlegung der Stolpersteine für die ermordeten Mitglieder seiner Familie hat Elias Feingersch (Eli Eyal) nachfolgenden Text geschrieben.

Meine Eltern Rebekka und Isaak Feingersch und meine älteste Schwester Marie emigrierten 1912 von Odessa nach Deutschland. Sie wurden von der Tante meines Vaters in Frankfurt am Main aufgenommen. In Frankfurt wurde ihr erster Sohn David, mein ältester Bruder, geboren. Meine Eltern, Vater als Berufsschlosser und Mutter als sehr gute Schneiderin, fanden sofort gute Arbeitsplätze und konnten ihre junge und kleine Familie gut unterhalten.

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 wurde die Familie verhaftet, weil sie russische Staatsangehörige waren, und getrennt im Lager Holzminden interniert. Um die Lebensbedingungen der Familie zu verbessern, meldete sich Isaak freiwillig zu schwerer Arbeit im Kaliwerk in Ovelgönne bei Celle. Durch gute Zeugnisse und wegen des Vertrauens seiner Arbeitgeber, das er genoss, durfte Isaak 1915 seine Familie nach Ovelgönne bringen. Ein Versuch, nach dem Ersten Weltkrieg nach Frankfurt zurückzukehren, scheiterte, weil - wie es hieß - mein Vater weiter diese wichtige Arbeit für das Vaterland leisten müsse.

In Ovelgönne bekam das Ehepaar Feingersch noch sechs Söhne und zwei Töchter. Alle zehn Kinder verbrachten hier ihre Kinder- und Jugendzeit und besuchten die Volksschule in Oldau. Die große Kinderzahl erforderte es, dass meine Eltern für viele Dinge selbst sorgen mussten: Vater reparierte Schuhe, schnitt die Haare, zog sogar Zähne, und meine Mutter schneiderte und veränderte Kleidungsstücke, je nach Alter und Größe, die dann von einem Kind zum anderen vererbt wurden. Nach der Stilllegung des Kaliwerks Ovelgönne fand mein Vater Isaak Arbeit bei der Zentralheizungsfirma Sandel in Celle, bei der er bis zu seinem letzten Tag in Celle angestellt war.

Als einzige jüdische Familie in Ovelgönne waren die Beziehungen der Familie Feingersch zu den anderen Familien des Dorfes gut und normal. Die Wohnung der Familie in der Mittelstraße war ein Treffpunkt der Dorfjugend, auch weil es dort beim Singen und Spielen von meinem Vater selbstgemachtes Malzbier zu trinken gab.



Die Familie hatte enge Verbindungen mit der jüdischen Gemeinde in Celle. Alle Söhne hatten ihre "Bar-Mizwa" in der Celler Synagoge. An den jüdischen Feiertagen und den jährlichen Gedenktagen waren die männlichen Mitglieder der Feingersch nötig, um ein "Minjen" [= Voraussetzung für die Abhaltung des Gebets ist die Anwesenheit von mindestens 10 religionsgesetzlich volljährigen männlichen Juden] zu erreichen. Religionsunterricht bekamen wir von unserem sehr geliebten Rabbiner Simon Lotheim.

Im Laufe der Jahre verließen die älteren Kinder Ovelgönne, um Büroberufe zu erlernen oder um eine landwirtschaftliche Ausbildung zu absolvieren. Besonders diese sollte sie auf ein Leben in Palästina vorbereiten. 1936 wurde meiner Familie vorgeschlagen nach Argentinien auszuwandern, um dort eine landwirtschaftliche Farm zu bearbeiten. Sie erhielten die Aussicht diese dann als Eigentum zu bekommen. Meine Eltern lehnten diesen Vorschlag ab, denn sie wollten nur nach Palästina fahren, wo mein Bruder David schon lebte. Sie waren überzeugt davon, dass er für sie ein Zertifikat zur Einreise bekommen würde, und dass auch noch andere ihrer Kinder sich auf den selben Weg machen würden.

Am 8. Juli 1937 zog meine Familie nach Celle in das Jüdische Gemeindehaus, Im Kreise 23. Die mittleren Kinder verließen nun auch die Familie, um sich in verschiedenen



Foto: Bernd Schwabe

Vorbereitungslagern für ihre Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. So kamen die vier Söhne - Moses, Rafael, Sally und Elias rechtzeitig nach Palästina und die drei Schwestern - Marie, Fanny und Rosa erreichten Holland. Bei den Eltern blieben nur Benjamin und Hermann. Fanny und Marie heirateten in Holland. Benjamin ging auf ein Jugendvorbereitungslager in Neuendorf und Hermann lernte zeitweilig in der jüdischen Gartenbauschule in Ahlem bei Hannover. Ein reger Briefwechsel entstand zwischen allen jetzt verstreut lebenden Familienmitgliedern.

Mein Vater Isaak, der als Heizer im Allgemeinen Krankenhaus an der Pfennigbrücke arbeitete, erhielt Ende November 1941 den Befehl, sich mit seiner Frau und seinem Sohn Hermann am 2. Dezember am Bahnhof zu melden. Mein Bruder Benjamin bekam eine besondere Erlaubnis, um sich von seinen Eltern zu verabschieden. Er begleitete sie zum Celler Bahnhof und sah sie dort zum letzten Mal.

Isaak, Rebekka und Hermann Feingersch wurden am 2. Dezember 1941 nach Riga deportiert und kamen in ein Arbeitslager in der Nähe der Stadt. Nach einiger Zeit wurde Rebekka ins Ghetto Riga geschickt und ist dort oder in einem Vernichtungslager ermordet worden. Isaak und Hermann kamen mit ihrer Arbeitsgruppe in das KZ Kaiserwald. Isaaks Name erschien noch auf der Liste der arbeitsfähigen Menschen, die am 1. Oktober 1944 im KZ Stutthof ankamen. Er ist dort verschollen. Mein Bruder Hermann kam höchstwahrscheinlich schon vorher um.

Meine drei Schwestern wurden von ihren Vorbereitungslagern in Holland in das KZ Westerbork transportiert. Von da wurden sie alle nach Auschwitz deportiert und dort vergast: Rosa schon 1942, Fanny, ihr Mann und ihr Sohn 1944, und Marie und ihr Mann am 28.2.1945.

Benjamin war von seinem Vorbereitungslehrgang für Palästina in das Arbeitslager Neuendorf-Fürstenwalde an der Spree gekommen. Von dort wurde er nach Auschwitz deportiert und kam in das KZ-Arbeitslager Buna. In einem schlimmen körperlichen Zustand wurde er von Oskar Schindler aus einem Todesmarsch gerettet. Nach seiner Befreiung im Mai 1945 suchte Benjamin seine Schwestern in Holland und hoffte auch von seinen Eltern zu hören. Doch beides blieb ohne Erfolg. Ein halbes Jahr später erreichte er mit einem illegalen Schiff Palästina.

Die Familie Feingersch in Israel zählt heute mehr als 100 Mitglieder. Ihre Vergangenheit in Celle ist mit großem Schmerz und tiefer Trauer verbunden. Die eingesenkten Stolpersteine mit den Namen ihrer Holocaustopfer sind ein gewisser Trost und werden die Verbindung mit der Celler Synagoge und mit der letzten gemeinsamen Wohnung für ewig aufrecht erhalten. Für diese gute und tapfere Tat und "Mizwa" von allen mit diesem Projekt verbundenen Freunden, und insbesondere den Paten, bedanke ich mich herzlich im Namen der Großfamilie Feingersch.

## **Jüdisch jetzt! - Junge Juden und Jüdinnen über ihr Leben in Deutschland.**

Die meisten Nichtjuden in Deutschland sind noch nie — oder zumindest nicht bewusst—einem jüdischen Menschen

begegnet. Dementsprechend halten sich in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft oftmals uralte Klischees oder bestimmen undifferenzierte Neuzuschreibungen das Bild.

Wie aber sieht das jüdische Leben im heutigen Deutschland wirklich aus? Wie fühlen sich Jüdinnen und Juden in diesem Land? Und was bedeutet eigentlich jüdisch, wenn man sie selbst danach fragt?

In Gesprächen mit der Autorin haben Noam Brusilovsky, Sveta Kundish, Garry Fischmann, Lena Gorelik, Dr. Sergey Lagodinsky, Shelly Kupferberg, Daniel Grossmann, Anna Staroselski, Daniel Kahn, Helene Shani Braun, Prof. Michael Barenboim, Deborah Hartmann, Jonathan Kalmanovich (Ben Salomo), Anna Nero, Philipp Peyman Engel, Nelly Kranz, Dr. Roman Salyutov, Sharon Ryba-Kahn, Leon Kahane, Gila Baumöhl, Zsolt Balla, Dr. Anastassia Pletoukhina, Leonard Kaminski, Renee Röske, Monty Ott und Sharon Suliman (Sharon) Einblicke in ihre Biografie gewährt.

Ein überraschendes und informatives Buch, das die Vielfalt jüdischer Identitäten und jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar macht und die Stimmen einer multikulturell geprägten Generation zu Gehör bringt, die — eine ganz neue Selbstverständlichkeit verkörpernd — in ihrer Diversität gesehen werden will.

Andrea von Treuenfeld, hat in Münster Publizistik und Germanistik studiert und nach einem Volontariat bei einer überregionalen Tageszeitung lange als Kolumnistin, Korrespondentin und Leitende Redakteurin für namhafte Printmedien, darunter Welt am Sonntag und Wirtschaftswoche, gearbeitet. Heute lebt sie in Berlin und schreibt als freie Journalistin Porträts und Biografien.

Donnerstag, 21. März 2024, 19.00 Uhr - Synagoge, Im Kreise 24

Referentin: Andrea von Treuenfeld

Veranstalter: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e. V.

## **Terror gegen Juden**

### **Lesung mit Ronen Steinke**

Mo., 29.04.2024, 19.00 – Synagoge, Im Kreise

Bereits vor dem Massaker am 7. Dezember 2023 in Israel war die Lage angespannt. In Deutschland hat man sich an Zustände gewöhnt, an die man sich niemals gewöhnen darf: Jüdische Schulen müssen von Bewaffneten bewacht werden, jüdischer Gottesdienst findet unter Polizeischutz statt, Bedrohungen sind alltäglich. Der Staat hat zugelassen, dass es so weit kommt - durch eine Polizei, die diese Gefahr nicht effektiv abwehrt, sondern verwaltet; durch eine Justiz, die immer wieder beschönigt.

Der jüdische Autor Ronen Steinke, selbst Jurist, ist durch Deutschland gereist und erzählt von jüdischem Leben im Belagerungszustand. Er trifft Rabbinerinnen und Polizisten, konfrontiert Staatsschützer, Geheimdienstler und Minister mit dem Staatsversagen. Viel muss sich ändern in Deutschland.

## Was man von hier aus sehen kann

Seit 2019 wird die dramatisierte Version des Erfolgsbuches von Mariana Leky (zwischenzeitlich auch verfilmt) an den deutschen Bühnen landauf-landab gegeben. Hier in Celle in einer Einrichtung des Intendanten wurde die an Sasa Stanisics Werke gemahnende Geschichte einer eher schrulligen als durchschnittlichen Dorfgemeinschaft in die Verantwortung des jungen Regisseurs Alexander Vaassen gegeben. Er zeichnet auch für das phantasiaevolle Bühnenbild verantwortlich. Dieser Versuch ist gelungen. Der Abend verzichtet auf allzu betuliche Drolligkeiten und findet eine angenehme Balance zwischen dem Leichten und dem Schweren in den Leben der Protagonisten, den kleinen und großen Dramen und Glücksversprechen. Durch die Mehrfachbesetzungen sowie Zeitsprünge im Erzählfluss ist das Publikum ordentlich in seiner Aufmerksamkeit gefordert. Verlassen kann die Vorstellung sich auf den wie stets humorvollen, sicheren J. Kaczmarek und einen charmant brillierenden Th. Wenzel; leider etwas farblos blieb die Figur des Mönchs aus Hessen. Wie in ihren Celler Jahren Pia Noll zu einer Bühnenpersönlichkeit gereift ist, die solch einen Theaterabend zu führen vermag ist beachtlich; Chapeau ! G.



Foto: Marie Liebig

Termine: Sa., 3.2.; Do., 0.2.; Mo., 12.2; Mi., 14.2.; Di., 20.2.; Mi., 6.3.; Fr., 8.3.; Sa., 16.3.; So., 17.3.

**Ausstellung im Bomann-Museum noch bis zum 22. September**

## Ganz schön sportlich!

Die aktuelle Sonderausstellung des Bomann-Museums zeigt Vergangenheit und Gegenwart des Sports in Stadt und Landkreis Celle.

Die Geschichte des Sports in Celle beginnt früh: 1834 findet hier das erste Pferderennen im Königreich Hannover statt. Die deutsche Turnbewegung, die Anfang des 19. Jahrhunderts mit dem Wirken von Friedrich Ludwig Jahn beginnt und zunächst verboten wird, erlebt ab 1842 einen raschen Aufschwung. Auch in Celle findet das Turnen Anhänger: Der MTV Celle ist einer von drei Vereinen in Niedersachsen, die noch vor dem Revolutionsjahr 1848 gegründet werden. Die ersten Turnstunden finden 1847 auf der Mühlenmasch statt. Um die Jahrhundertwende dann gewinnen neue Sportarten wie Tennis, Radfahren und Fußball Anhänger in der Region.

Spitzensport, made in Celle: Viele Sportlerinnen und Sportler aus Stadt und Landkreis sind und waren in der Weltspitze vertreten. Ihnen widmet sich eine „Hall of Fame“ in der Ausstellung. Besondere Leihgaben, Interviews und Fotografien zeugen davon, dass die Region sportlich Spitze ist.

Dem Breitensport ist ein großer Teil der Ausstellung gewidmet. Über 200 Vereine gehören aktuell dem Kreissportbund Celle e.V. an, von American Football bis

Zumba reicht die Bandbreite des Angebots. Die Ausstellung stellt Sportarten und Vereine vor, und zeigt die spannendsten, schönsten und außergewöhnlichsten Sport-Geschichten der Region. Sie erzählt von internationalen Erfolgen, ganz besonderen Freundschaften auf dem Platz, aber auch von Niederlagen und Schattenseiten des Sports.

04.02.2024 // 15 Uhr: Familienführung: Sportlich, sportlich! Ein Trimm-dich-Pfad durch die Geschichte des Celler Sports

13.02.2024 / 18 Uhr: "Die kalten Ringe. Gesamtdeutsch nach Tokio 1964" (Dokumentarfilm von Thomas Grimm und René Wiese)

22.02.2024 // 15:30 Uhr: Museums-Melange - Alles außer Fußball - Sportliche Vielfalt (Hilke Langhammer M.A.) Eintritt inklusive Kaffee & Kuchen: 9,50 EUR

07.03.2024 // 18:30 Uhr: Vortrag von Matthias Blazek: Gleichgeschaltet und im Sinne des NS-Regimes. Auch die Sportarten im Landkreis Celle marschieren mit

10.03.2024 // 11:30 Uhr: Führung: Ganz schön sportlich! (Hilke Langhammer M.A.)

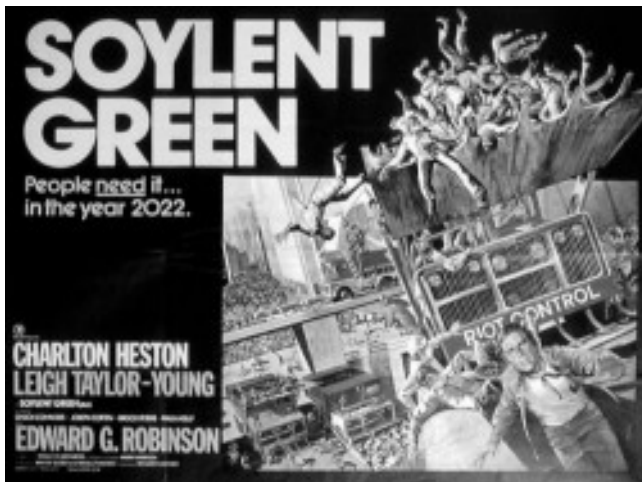
21.04.2024 // 11:30 Uhr: Führung: Ganz schön sportlich! (Karl Thun)

## Soylent Green ... Jahr 2022 ... die überleben wollen – mit Vortrag und Diskussion

Der Filmklassiker von 1973 blickte knapp 50 Jahre in die Zukunft – eine Zukunft, die von Überbevölkerung, ökologischer Verwüstung und Ressourcen-Knappheit bestimmt ist. Im Film-New York des Jahres 2022 kämpfen 40 Millionen Menschen um das nackte Dasein. Ein paar Privilegierte wissen noch, was Fleisch und Brot ist. Der Rest der Bevölkerung ernährt sich von öffentlich verteilten oblaten-ähnlichen Nahrungsmitteln, die angeblich aus Algen gewonnen werden. Ein hartgesottener Großstadtpolizist – Charlton Heston spielt den Polizisten Frank Thorn – entdeckt zusammen mit seinem Zimmergenossen – Edward G. Robinson in seiner letzten Rolle – das Geheimnis hinter diesem neuen Nahrungsmittel ...

Im Jahr 1973 war der Bericht des Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“ gerade ein Jahr alt. „Soylent Green“ schließt daran an und wird zu den ersten ökodystopischen Filmen gezählt. Die reale Gegenwart ist noch nicht so weit wie das 2022 im Film, aber auch unser Planet nähert sich möglicherweise "Kippunkten": Klimaveränderungen und das Artensterben. Der philosophische Vortrag mit Achim Sohns (Hannover) und die Diskussion stellen die Frage, wie es soweit kommen konnte.

**Do., 08. Februar 2024 – 19.30 – im K 8 ½ – Eintritt frei**



## Eren

„Das System fühlt sich gestört“: So beschreibt die kurdische Rechtsanwältin und politische Aktivistin Eren Keskin in dem 95-minütigen Dokumentarfilm einmal ihre Funktion im türkischen Staat. Auf dem Schreibtisch der viel beschäftigten Menschenrechtsverteidigerin stapeln sich Aktenberge über Fälle von Repressionen, Folter und sexualisierter Gewalt, ausgeübt von staatlichen Sicherheitskräften. Seit über 30 Jahren kämpft Keskin in der Türkei für Pressefreiheit und die Rechte von Frauen, LGBTIQ+ und anderen unterdrückten Minderheiten. Durch ihre Rolle als „Systemstörerin“ gilt sie in den Augen der Regierung als Staatsfeindin; aktuell laufen mehr als 100 Verfahren gegen sie, unter anderem wegen Präsidentenbeleidigung und Beleidigung des Türkentums. Keskin, die Ausreiseverbot hat, muss jederzeit mit ihrer Verhaftung rechnen.

**K 8 ½ – Do., 29. Februar, 19.30 – Eintritt frei // in Koop mit Fem. Org. Gemeinsam kämpfen!**



Stuttgart 21? Längst gelaufen...!? Nein! Es wird ein zweites S21 geplant! Denn das größte Betrugsprojekt deutscher Ingenieursgeschichte entwickelt sich nicht nur zum teuersten (20 Milliarden), sondern auch zum gefährlichsten Bahnhof aller Zeiten.

Der Film ist brandaktuell, weil ein Stuttgart 21 2.0 geplant ist, mit noch mehr Tunnels, insgesamt dann 100 km unter Stuttgart. Die Kosten insgesamt würden dann auf 20 Milliarden steigen, der Bahnhof bliebe gleichwohl ein Flaschenhals, aber weitere Millionen Tonnen CO2 würden durch die Herstellung von Stahl und Beton in die Luft geblasen. Der Brandschutz ist kriminell.

Das Projekt ist ein Trojanisches Pferd der Immobilienspekulanten, der Betonmafia und von Bahnchefs aus der Auto- und Flugzeugindustrie sowie zugleich ein Lehrstück über den realpolitischen Opportunismus' der regierenden Grünen.



Trotz der Proteste hat es, medial unterstützt, eine Tunnelmanie für weitere milliardenteure Bahnprojekte ausgelöst. – Der Film endet mit immer noch möglichen Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten. Die Devise heißt nach wie vor: Oben bleiben!

**Kino 8 ½, Mo., 19. Februar, 19.30, Eintritt frei**



## Kino 8 ½ im Februar

Do., 01. Februar, 19.30

### Final Account

Von 2008 bis 2018 führte der Dokumentarist Luke Holland über 300 Interviews mit ehemaligen NS-Tätern, SS-Offizieren, Wehrmachtssoldaten, Beamten und Funktionären, die er nach ihren Erinnerungen und ihrer Rolle im Dritten Reich befragte. Die hochbetagten Männer und Frauen präsentieren ihre Version der Geschichte, manchmal mit Bedauern, meist aber ohne große Hemmungen. Nur bei Fragen nach Schuld und Verantwortung werden die Antworten absurd oder aggressiv. Verbunden mit analytisch montiertem Archivmaterial entsteht ein ernüchterndes Dokument kollektiver Entschuldung. – **In Kooperation mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen.**

Großbritannien/USA 2020 | 94 Minuten

Fr., 03. & Sa., 04. Februar, jeweils 20.30  
und Mi., 07. Februar, 19.30

### In voller Blüte

Ein 89-jähriger britischer Kriegsveteran macht sich auf eigene Faust von England nach Frankreich auf, um am 70. Jubiläum der Landung der Alliierten in der Normandie teilzunehmen. Dabei durchlebt er noch einmal die damaligen Erlebnisse, kann innerlich aber auch Abschied nehmen. Allerdings steht in dem glänzend besetzten Drama nicht der Zweite Weltkrieg im Mittelpunkt, sondern die Liebes- und Lebensgeschichte zwei betagter Menschen, deren Biografie maßgeblich vom Krieg geprägt wurde.

Großbritannien/USA 2023 | 97 Minuten

Do., 08. Februar, 19.30 – Eintritt frei

### Solyent Green

Siehe Seite 26

Fr., 09. & Sa., 10. Februar, jeweils 20.30  
und Mi., 14. Februar, 19.30

### The Iron Claw

Unter dem harten Regime ihres erfolgsversessenen Vaters kämpfen vier Brüder um sportliche Meriten im Wrestling. Druck, Versagensangst und körperliche Belastungen aber führen unausweichlich in die Tragödie. Aus dem dichten Komplex an Themen stechen familiäre Macht und stählerne Männlichkeitsbilder, Rücksichtslosigkeit und Liebesentzug hervor.

Großbritannien/USA 2023 | 133 Minuten

Fr., 16. & Sa., 17. Februar, jeweils 20.30  
und Mi., 21. Februar, 19.30

### The Old Oak

In einer nordenglischen Bergbaugemeinde ist der Pub der einzige Treffpunkt für die Bewohner des Viertels, die zu meist arbeitslos sind und unter hohen Mieten leiden. Als der Wirt den Hinterraum für syrische Flüchtlinge öffnet, sind die Stammgäste erbost – bis durch die Begegnungen Vorurteile abgebaut werden. Ein anrührendes, gleichermaßen kritisches wie unterhaltsames Drama, das für mehr Toleranz und Solidarität plädiert. Realistisch spürt der Film den Lebensumständen der Figuren nach und schildert die Verbitterung der Einheimischen wie auch die Angst der Flüchtlinge in einem unaufgeregten Stil, der nichts beschönigt und nicht vom Wesentlichen ablenkt.

Frankreich/Großbritannien/Belgien 2023 | 113 Minuten

Fr., 23. & Sa., 24. Februar, jeweils 20.30  
und Mi., 28. Februar, 19.30

### Priscilla

Ein biografisches Drama über Priscilla Presley und ihre Beziehung zu Elvis Presley, angefangen beim Kennenlernen 1959 in Deutschland über den Umzug nach Graceland bis zur Hochzeit 1967, gefolgt von der Scheidung 1973. Die Liebe, die als romantischer Mädchentraum beginnt, kippt in der Isolation von Graceland zunehmend in ein beklemmendes Wechselbad der Gefühle. Ein in sanften Pastelltönen gehaltenes, auf ruhige Weise gleichwohl sehr präzises Porträt einer zerstörerischen Beziehung, aus der sich die Protagonistin in einem langsamen Emanzipationsprozess löst.

USA/Großbritannien/Italien 2023 | 113 Minuten

Do., 29. Februar, 19.30 – Eintritt frei

### Eren

Siehe Seite 26

Fr., 01. & Sa., 02. März, jeweils 20.30  
und Mi., 06. März, 19.30

### The Holdovers

Anfang der 1970er-Jahre sind ein verbitterter Hochschullehrer und ein renitenter Schüler gezwungen, in ihrem US-amerikanischen Elitecollege gemeinsam Weihnachten zu verbringen. Gesellschaft erhalten sie dabei vom afroamerikanischen Dienstpersonal, bis sie gegen die Regeln verstoßen und nach Boston hinausfahren. Das dialoggewandte, tragikomische Feel-Good-Movie lässt den Ausbruch aus dem starren Reglement der Schule und der Sittlichkeit nur vorübergehend und symbolisch ausfallen und bestätigt letztlich den sozialen Status quo.

USA 2024 | 133 Minuten

[www.kino-achteinhalb.de](http://www.kino-achteinhalb.de)

# Konzerte in und um Celle

Fr., 02. Februar, 19.00

## Eingang Quintett

Kunst & Bühne, 15,00

Fr., 02. Februar, 20.00

## ReCartney - "Coming up live"

CD-Kaserne, ab 24,10

Sa., 03. Februar, 22.00

## Cellshock - DnB-Party

CD-Kaserne, ab 19,70

Fr., 09. Februar, 19.30

## Neue Jazz Initiative Celle „Session“

Kunst & Bühne, Hutkasse

Fr., 09. Februar, 20.00

## Joscho Stephan Trio

Hof Wietfeldt, Bennebostel, ab 28,00

Fr., 09. Februar, 20.00

## Vocality

CD-Kaserne, ab 24,10

Sa., 10. Februar, 20.00

## Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 10. Februar, 20.00

## Herrmann

Mühlengrund Wienh., AK 14,50

Sa., 10. Februar, 20.00

## Two At Once

Kunst & Bühne, 15,00

Sa., 17. Februar, 20.00

## Hagen Rether

CD-Kaserne, ab 32,90

Di., 20. Februar, 19.30

## Giora Feidman Duo

Stadtkirche, ab 47,40

Fr., 23. Februar, 20.00

## Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 24. Februar, 20.00

## Der To

CD-Kaserne, ab 22,50

Sa., 24. Februar, 20.00

## Andy Lee

Kunst & Bühne, 19,00

Fr., 01. März, 20.00

## Falk Zenker feat. Kai Thomsen

CD-Kaserne, ab 17,50

Sa., 02. März, 20.00

## The JazzRhythmics feat. David Milzow

Kunst & Bühne, 19,00

Mi., 06. März, 20.00

## Michael Weston King & Lou Delgleish

Kunst & Bühne, 19,00

Sa., 09. März, 20.00

## Songs of Celle

Kunst & Bühne, 12,00

Mi., 13. März, 20.00

## Impro Café

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 15. März, 20.00

## Steve Baker & the LiveWires

CD-Kaserne, ab 19,00

Fr., 15. März, 20.00

## Ronja Maltzahn

CD-Kaserne, ab 23,00

Sa., 16. März 20.00

## Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 16. März, 19.00

## Black Bear's Boogie Band

Kunst & Bühne, 15,00

Do., 21. März, 20.00

## A Night Of Queen - Forever Tour

CD-Kaserne, ab 34,00

Fr., 29. März, 20.00

## Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Mi., 03. April, 20.00

## Dylan meets Cash

Kunst & Bühne, 19,00

Fr., 05. April, 20.00

## Freedom! The Party

Kunst & Bühne, 19,00

Fr., 05. April, 20.00

## House of Rock

Kunst & Bühne, 19,00

Sa., 06. April, 19.00

## Celle Rock City

CD-Kaserne, ab 25,00

Fr., 19. April, 19.30

## Neue Jazz Initiative Celle „Session“ mit Moritz Aring

Kunst & Bühne, Hutkasse

Fr., 19. April, 20.00

## Indeed

CD-Kaserne, Hut geht rum

Sa., 20. April, 20.00

## Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 20. April, 15.00

## Jugendjazztag

Kreistagssaal, Eintritt frei

Do., 25. April, 20.00

## Abi Wallenstein & Holger Daub

Garnison Kirche, ab 28,00

Fr., 26. April, 20.00

## Martin Connell & the true Dramatics

CD-Kaserne, ab 20,00

Di., 30. April, 19.30

## Greyhound Buzz

Mühlengrund Wienh., AK 15,00

####

**Redaktionsschluss für die #118 ist  
Mittwoch, der 17. April**